Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2.00 Mark, monatlich 70 Pfennig. — Postzeitungsliste Nr. 4069a, sechster Nachtrag.

Redaktion u. Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46.

Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 2. **Freitag, den 3. Januar 1908.** **15. Jahrg.**

Hierzu eine Beilage.

Arbeitskammern und Arbeiterkammern.

saz. Dem Reichstage soll bald die Gesetzesvorlage zugehen, welche die Errichtung von Arbeitskammern bezweckt. Die Vorlage, die von Herrn v. Bethmann-Hollweg am 2. Dezember im Reichstage angekündigt wurde, liegt dem preußischen Staatsministerium vor und soll demnächst den übrigen Bundesregierungen zur Prüfung zugehen.

Aus den kurzen Mitteilungen, die verschiedentlich in der Presse über die Vorlage gemacht worden, läßt sich noch kein Bild gewinnen, wie ungefähr die Arbeitskammern aussehen sollen. Die Organisation dieser Kammern, heißt es, schließe sich der beruflichen Gliederung des gewerblichen Lebens an, das heißt, es sollen besondere Kammern für den Bergbau, für die Schwerindustrie, das Holzgewerbe, die Bekleidungsindustrie, das graphische Gewerbe usw. errichtet werden. Als ihre hauptsächlichste Aufgabe wird die Einigung bei Lohnbewegungen angesehen, ferner sollen sie Erhebungen machen und Gutachten abgeben.

Bereits am 21. Januar 1905 erklärte der preußische Handelsminister im Reichstage, daß neben einem Gesetze über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine ein Gesetz über die Arbeitskammern in Vorbereitung sei. Das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine war bekanntlich noch dem aufgelösten Reichstage vorgelegt worden, es war alles andere, nur kein Gesetz im Interesse der Arbeiter! Wenn die Vorlage über die Arbeitskammern auch ähnlich ausfällt, dann haben die Arbeiter wahrlich keine Ursache, sie zu begrüßen.

Die Arbeitskammern entsprechen zwar einer Forderung unseres Parteiprogramms, wo es u. a. heißt: „Zum Schutze der Arbeiterklasse fordert die Sozialdemokratische Partei Deutschlands zunächst: 2. Überwachung aller gewerblichen Betriebe, Erforschung und Regelung der Arbeitsverhältnisse in Stadt und Land durch ein Reichsarbeitsamt, Bezirksarbeitsämter und Arbeitskammern.“ Aber unsere Partei hat bekanntlich diese Forderungen aufgegeben, sie verlangt keine Arbeitskammern mehr, sondern Arbeiterkammern.

Die Arbeitskammern sind paritätisch gedacht. Arbeiter und Unternehmer sollen in ihnen in gleich starker Zahl vertreten sein. Die Arbeiterkammern aber sollen das für die Arbeiter sein, was die Handels- und Gewerbekammern für die Unternehmer sind, sie sollen sich also nur aus Vertretern von Arbeitern zusammensetzen. Der Gewerkschaftskongreß in Köln hat sich für Arbeiterkammern ausgesprochen. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion aber beschloß noch in der Session 1904/05, an der Programmforderung „Arbeitskammern“ festzuhalten und brachte einen dementsprechenden Antrag ein. Der Parteitag in Jena aber im Jahre 1905 beschloß bereits einstimmig und ohne jede Debatte, daß die Reichstagsfraktion für Arbeiterkammern eintreten solle. Unsere Reichstagsfraktion hat daher im Reichstage nun den Antrag auf Errichtung von Arbeiterkammern eingebracht und sieht sich in die Lage versetzt, wenn der Entwurf der Regierung zur Verhandlung steht, ihre alte Forderung zu bekämpfen. Angesichts dieser Tatsache scheint es angebracht zu sein, einmal die Frage zu erörtern, die Albert Hüglin in seinem Buche über den Tarifvertrag aufwirft, ob es denn nicht noch andere Wege gebe, um den gewünschten Zweck zu erreichen? Die Formulierung des Problems erscheine ihm schon unrichtig. Nicht „Arbeitskammern oder Arbeiterkammern“ müsse sie lauten, sondern „staatliche Organisation oder keine staatliche Organisation“? Erst wenn auf Grund gewissenhafter Prüfung dieser Frage eine Entscheidung getroffen und diese zugunsten der staatlichen Organisation ausgefallen ist: dann kommt die Wahl zwischen Arbeits- und Arbeiterkammern.

Hüglin kommt auf Grund eingehender und interessanter Untersuchung zu dem Resultate, daß die staatliche Organisation das gesteckte Ziel nicht nur nicht erreichen könne, sondern auch das Übel sei, nicht im Interesse der Arbeiter liege. Hätte man das Problem richtig erfaßt, meint er, dann hätte man gesehen, daß anderswo die Entwicklung bereits tatsächliche Erfolge in der gewünschten Richtung gezeitigt hat ohne staatliche Kammern. Die Entwicklung in England wäre in den Beobachtungskreis mit hineingezogen worden und damit auch die deutsche Entwicklung, welche genau dieselbe Richtung eingeschlagen hat. Man hätte sie studiert und gefunden, daß Deutschland so reiches Material an Erfahrungen liefert, wie alle anderen Länder zusammen nicht, auf welche man sich ausschließlich stützt. „Unsere Gewerkschaften sind die einzigen, die wahren Arbeiterkammern, neben denen wir keine neuen Arbeiterkammern brauchen,“ habe der Referent für die Frage der Arbeits- oder Arbeiterkammern auf dem Kölner Kongreß der Gewerkschaften gesagt. Dieser Meinung ist auch Hüglin. Überall sei eine Entwicklung wahrzunehmen, welche immer mehr der staatlichen Bevormundung entwachse. Es sei doch sehr fraglich, ob sich eine so starke Bewegung wie die deutsche Gewerkschaftsbewegung einen solchen Eingriff in die Entwicklung gefallen lasse, wie das staatliche Einrichtungen immer versuchen würden. Differenzen im Arbeitsverhältnis könnten weder durch Zwang noch durch „unparteiische“ Schiedsrichter erledigt werden, sondern nur durch gegenseitiges Übereinkommen der beiden Machtfaktoren. Wo das Bedürfnis vorhanden sei und die notwendigen Voraussetzungen für ein ersprießliches Wirken gegeben seien, da richten sich die Parteien ganz von selbst paritätische Kommissionen ein, welche auf vertraglicher Grundlage beruhen und sich nach keiner vorgeschriebenen Schablone zu richten haben. Wo diese Vorbedingungen fehlten, könne keine staatliche Organisation etwas erreichen. Alles andere aber, was Arbeitskammern oder Arbeiterkammern sonst vornehmen sollten, werde heute von den Gewerkschaften bereits in so ausgezeichneter Weise erfüllt, wie es bei staatlicher Bevormundung gewiß nicht erreicht werde. Die Arbeiterbeamten besäßen das Vertrauen der Arbeiter im höchsten Maße, was von hohem Werte sei, sie lebten unter ihnen, ihre Tätigkeit als verantwortliche Berater in allen Rechtsstreitigkeiten könne garnicht hoch genug eingeschätzt werden und sie besäßen große Erfahrungen und Kenntnisse. Es sei das natürlichste, daß diese Männer alle Verhandlungen führen. Daß die Unternehmer überhaupt verhandeln oder Zugeständnisse machen, geschieht nur infolge des Druckes der Gewerkschaften. Den nichtorganisierten Arbeitern könne daher kein Einfluß zugestanden werden, wie das schließlich bei staatlichen Einrichtungen geschehen werde. Was die Schiedssprüche bei Lohnkämpfen aber anbelange so habe die Erfahrung bisher schon gezeigt: Wo die Aufforderung des Gewerbegerichts und der Druck der öffentlichen Meinung nicht genügen, um einen Arbeitgeber zum Verhandeln zu bewegen, da ist die Lage so, daß auch bei einer erzwungenen Verhandlung nichts herauskäme. Der Verhandlungszwang habe nur dann einen Sinn, wenn im Falle einer Nichteinigung die Festsetzung der Arbeitsbedingungen durch den Staat droht. Wenn nun der Verhandlungszwang schon bedenklich erscheine, so seien natürlich alle die Gründe, welche gegen ihn erhoben werden müßten, erst recht gegen die obligatorischen Schiedsgerichte geltend zu machen. Auf Grund der englischen Erfahrungen mit den Schiedsgerichten zur Festsetzung der Arbeitsbedingungen müsse sogar davor gewarnt werden, daß Unternehmer und Arbeiter aus freien Stücken bei Meinungsverschiedenheiten in wichtigen Angelegenheiten die Entscheidung einem unparteiischen Dritten übertragen. „Mir scheint, daß wenigstens von der Wissenschaft die obligatorischen Schiedsgerichte zum alten Eisen geworfen werden sollten.“ In dem Maße, als irgend welche außerwirtschaftlichen Faktoren, wie staatlicher Zwang, an dem Zustandekommen eines Vertrages beteiligt sind, in dem Maße verliert er als Friedensinstrument an Wert. Denn mit dem Zwang schwinde sowohl der Wille der Parteien, ihn aufrecht zu erhalten, als auch die Möglichkeit für das positive Recht, wirksam für seine Durchführung einzutreten. Die Lösung dieser Frage liege deshalb nur in der Macht der Organisationen und in den von diesen abgeschlossenen Tarifverträgen.

In keinem Lande wurden bisher mit Arbeitskammern Erfolge erzielt. Die italienischen camere del lavoro sind keine eigentliche Kammern, sondern freie Arbeiterorganisationen wie die deutschen und englischen Gewerkschaften, nur schwächer und unbedeutender. An der Wahl der Arbeitsräte beteiligen sich in ganz Frankreich wenig mehr als das Doppelte der Arbeiter, welche allein im deutschen Buchdruckgewerbe zu den paritätischen Kommissionen der Tarifgemeinschaft ihre Vertreter senden. In Genf und in Australien hat man mit den obligatorischen Schiedsgerichten völlig Fiasko gemacht. Waren die Unternehmer mit dem Schiedsspruch nicht einverstanden, dann hielten sie sich einfach nicht daran und es kam schließlich doch zum Streik. Fiel der Schiedsspruch zu ungunsten der Arbeiter aus, begann der Kampf ebenfalls von neuem. Werden Streiks und Aussperrungen verboten, bevor nicht schiedsgerichtliche Verhandlungen stattgefunden haben, dann kommen die Arbeiter in der Regel um die für den Beginn des Kampfes günstigste Situation. Fällt der Zwang aber weg — dann hat die staatliche Einrichtung keinen Sinn mehr.

Das beste Beispiel liefert England. In dem Bericht der Studienkommission der Gesellschaft für soziale Reform über das gewerbliche Einigungswesen in England*), desgleichen auf der Generalversammlung dieser Gesellschaft in Berlin*) wurde eine ausführliche Darstellung gegeben über die Erfahrungen, die man in England mit dem gewerblichen Einigungswesen gemacht hat. Die gesamte Gesetzgebung über das gewerbliche Einigungswesen von 1824 bis 1872 und 1889, wo ein neues Schiedsgerichtsgesetz entstand, ist nach dem amtlichen Urteil der Royal Commission on Labour ein „vollkommener Fehlschlag“ gewesen. Erst das Gesetz von 1896 hat seinen Zweck bis jetzt erfüllt. Dieses Gesetz beschränkt sich aber darauf, zu privaten Einigungsämtern anzuregen und diesen die Möglichkeit zu geben, durch Registrierung sich mit gewissen gesetzlichen Befugnissen auszustatten, wovon die bestehenden Ämter aber fast gar keinen Gebrauch machen. Trotzdem — nein, gerade deswegen haben sie sich bis jetzt gut bewährt! Sie sind nichts anderes als Kommissionen, gebildet von den Vertretern der Gewerkschaften und der Unternehmer. Daß sie so vorzüglich funktionieren, ist allerdings zurückzuführen erstens auf die völlige Selbstverwaltung, die ja in England in allen Zweigen die Grundlage der staatlichen Verfassung bildet, und dazu auf die „industrielle Demokratie“, die in Englands Fabrikbetrieben bereits ein großes Gebiet erobert hat. Nur wo dies der Fall ist, daß z. B. der Unternehmer es als ganz selbstverständlich betrachtet, wenn der Arbeitersekretär täglich in die Fabrik kommt, kontrolliert, mit einzelnen oder allen Arbeitern verhandelt, dann auf Abstellung bestimmter Mißstände dringt, mit dem Direktor oder Unternehmer selbst über diese oder jene Beschwerden verhandelt, bei größeren Differenzen dann sofort eine Sitzung der Vertreter der Unternehmer und der Arbeiter veranlaßt, nur da, wo, wie in England, alle im Arbeitsverhältnis auftretenden Fragen durch gegenseitige Aussprache geregelt werden — wobei natürlich immer die Macht der beiderseitigen Organisationen das Schwergewicht bilden wird —, nur da ist es möglich, die Streiks so einzuschränken, wie dies in England in den letzten Jahren geschah. Aber auch in England ist dies erst nach langem, hartem Kampfe erreicht, den Unternehmern abgetrotzt worden.

In Deutschland haben die Gewerkschaften diese Aufgabe in der Großindustrie noch vor sich! Mit den Herren Beumer, Kirdorf und Genossen werden sie gemeinsam in staatlichen Arbeitskammern wenig Ersprießliches schaffen können. Das ist auch einer der Gründe, warum die Gewerkschaften nichts von Arbeitskammern wissen wollen. Aus dem gleichen Grunde lassen sich aber auch die Schiedsgerichte, wie sie in England bestehen, nicht so ohne weiteres auf Deutschland übertragen. Sie müssen sich auch erst „entwickeln“ — auf dem Wege der Tarifverträge. Die Arbeiterkammern aber können und sollen so wenig Einigungsämter sein, als es die Handels- und Gewerbekammern sind. Man stellt sie sich mehr als eine Art Zentralstellen aller gewerkschaftlichen Organisationen und Richtungen vor, die Materialien sammeln und zur Beleuchtung und Klärung der sozialen Zustände beitragen sollen. Auch die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine und ein Teil der christlichen Gewerkschaften traten früher für Arbeiterkammern ein. Und Regierungsvertreter deutscher Bundesstaaten sprachen sich gelegentlich für solche Körperschaften aus. Trotzdem scheinen sie keine Aussicht auf Verwirklichung zu haben. Die Vorlage über die Arbeitskammern wird man aber nun erst abwarten müssen, ehe man Stellung dazu nimmt — große Hoffnungen darf man angesichts des jetzigen Regierungs- und Blockkurses ganz gewiß nicht darauf setzen!

*) Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Gewerbliches Einigungswesen in England und Schottland. Bericht der Studienkommission der Gesellschaft für Soziale Reform. Verfaßt von Dr. Waldemar Zimmermann. Jena. Verlag von Gustav Fischer. 1906. Preis 70 Pfg.

*) Schriften der Gesellschaft für Soziale Reform. Methoden des gewerblichen Einigungswesens. Jena. Verlag von Gustav Fischer. 1907. Preis 1.60 Mk.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Neujahrs-Demütigung.

Die „Kreuz-Zeitung“ veröffentlichte Dienstag ihren Jahresbefehl für den Liberalismus, nach dem sich dieser gehorsam zu richten hat und sich ja auch richten wird. Sie erklärt es als

„durchaus wünschenswert, daß alle am Block beteiligten und an seinem Bestande interessierten Parteien sich gegenüber dem agitatorischen Drängen auf eine Änderung der Wahlkreise oder des Wahlrechts in Preußen ablehnend verhielten. Abgesehen davon, daß die Aufrollung einer parteipolitischen Streitfrage, bei der die Ansichten der im Blocke vereinigten verschiedenen Parteien so auseinandergehen wie in dieser, die Gefahr einer Auseinandertreibung des Blockes nahelegt, spricht auch ein anderer Gesichtspunkt dafür, daß die Agitation in der angegebenen Richtung direkte Antiblockpolitik ist. Der Block will den Einfluß der Sozialdemokratie zurückdrängen und damit zugleich das Zentrum schwächen. Eine Änderung des

Wahlrechts oder der Wahlkreise in Preußen in demokratischer Richtung bedeutet dagegen gerade eine Vergrößerung der Möglichkeit des Eindringens der Sozialdemokratie in das Abgeordnetenhaus und damit eine Stärkung des sozialdemokratischen Einflusses. Es wäre aber ein Nonsens, wenn man in Preußen der Sozialdemokratie die Pfade ebnen wollte, während die Blockparteien im Reiche sich alle Mühe geben, den sozialdemokratischen Einfluß soweit als möglich zu brechen."

Der arme Freisinn: Montag wurde ihm verkündet, daß auch das Zentrum in den Block aufgenommen werden müsse, damit er aber schon gar nichts mehr zu sagen habe; Dienstag wird ihm erklärt, daß die Konservativen dem Freisinn in Zukunft auch nicht einmal mehr das gestatten wollen, was ihm bisher vergönnt war, vor seinen Wählern prahlen zu dürfen, was er alles für das preußische Wahlrecht in der gesegneten Blockära werde ausrichten können. Welch Wandel der Zeiten! Vor einem Jahre noch so hoch zu Rosse und heute unter den Hufen sich im Staube kollernd zum Gelächter der Zuschauer! Fischbeck, Kopsch und Wiemer, wie ist doch der Hochmut so jämmerlich zu Fall gekommen!

Für Tapferkeit im Kinderkrieg

oder, wie es offiziös heißt, „als Anerkennung für taktvolles und energisches Auftreten dem polnischen Schulstreik gegenüber", sind zum Jahresschluß in Posen und Westpreußen 26 Schulaufsichtsbeamte, 6 Amts- und Gemeindevorsteher, 12 Rektoren, 67 Schullehrer und sogar auch ein Oberförster mit Ordensauszeichnungen bedacht worden. Wie der Jäger „mit der langen großen Flinte" den Polenkindern das deutsche Vaterunser beigebracht hat, wird amtlich nicht gemeldet.

Für die einjährige Dienstzeit.

Ein militärischer Mitarbeiter des ultramontanen „Bayerischen Kurier" tritt lebhaft für die Herabsetzung der militärischen Dienstzeit auf ein Jahr ein! Er legt die ungeheure Belastung des Reiches durch die militärischen Ausgaben dar, die bereits 1300 Millionen jährlich betragen, beklagt die Zurückstellung aller Kulturaufgaben und führt schließlich den Nachweis, daß jährlich 90 Millionen gespart werden könnten, wenn man die Militärdienstzeit auf ein Jahr herabsetze. Das Zentrumsblatt führt des näheren aus:

„Nun haben wir aber in Deutschland noch eine Möglichkeit, die Heereskosten ganz bedeutend herabzusetzen, ohne daß die Qualität des Heeres, die Ausbildung usw. auch nur im geringsten dadurch alteriert würde. Wir haben vor mehreren Jahren ganz ausführlich dieses Thema hier behandelt und wollen [illegible] kurz nochmals auf diese Ausführung zurückkommen. Wenn die Rekruten in der ersten Novemberwoche einrücken, dann sind dieselben Ende März mit der sogenannten Einzelausbildung fertig. Für die [illegible] genügen acht Tage, für die Kompagnieausbildung den Sommer; der Monat Mai ist hauptsächlich für die Ausbildung im Gelände und im Felddienst gleichfalls den Kompagnien zuzuweisen, wobei aber [illegible] wird, daß Geländeübungen schon von der ersten Woche an mit den Rekruten vorgenommen werden. Das Bataillonsexerzieren beginnt, die Übungen im Bataillon finden statt im Monat Juni. Für Nachübungen, Felddienst, Schießen, das mit den Rekruten anfangs Februar begonnen wird, bleiben drei Wochen im Juli reserviert. Vom 22. Juli bis 20. August ist ein vierwöchiger Ernteurlaub. Vom 21. bis 31. August finden Regiments- und Bataillonsübungen statt; vom 1. bis 7. September [illegible] im Regiment, an welcher sich bis zum 1. Oktober die Herbstübungen anschließen. Die Monate Oktober bis Ende Dezember sind zur Nachhilfe in der Einzelausbildung, insbesondere zum Schießen, zu Felddienst und Garnisondienst können zu verwenden. Sämtliche Übungen können nur in kriegsstarken Verbänden stattfinden und würden zu diesem Zwecke beim Kompagnie-Exerzieren die Mannschaften von je zwei Kompagnien zu einer Exerzierkompagnie zusammengezogen, während für die Übungen des Bataillons im Monat Juni und für die Herbstübungen einige Jahrgänge der Reserve zur Auffüllung der Übungen auf Kriegsstärke einberufen würden. [illegible] zu einer Übung im [illegible] würde jeder Mann zu zwei Übungen in der Dauer von je drei Wochen einberufen, man könnte sich um den Preis der Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr zu einer dritten Übung sehr wohl verstehen.

Tatsache, daß schon heute diese Herabsetzung möglich ist, besonders im Hinblick auf die [illegible], aber immer noch einer [illegible] Bewaffnung, [illegible] Ergänzungsmannschaften, sind sich alle militärischen Fachleute klar, wenngleich gar manche dieses nicht zugestehen wollen. ... Die jährliche Ersparnis durch Durchführung würde 90 Millionen Mark betragen, abgesehen von der wirtschaftlichen Entlastung der einzelnen."

Es ist interessant, daß jetzt auch militärische Sachverständige des Zentrums die Herabsetzung der Dienstzeit auf ein Jahr befürworten, sodaß der [illegible] des Münchener Zentrumsblattes sogar behaupten, über die Möglichkeit, diese Herabsetzung schon heute vorzunehmen, seien sich „alle militärischen Fachleute klar".

Hoffentlich wird nun wenigstens das gesamte Zentrum den Vorschlag des „Bayr. Kurier" aufnehmen! Die Sozialdemokratie ist ja längst für diese Herabsetzung der Dienstzeit eingetreten, leider ohne beim Zentrum Unterstützung zu finden!

Oder sollte sich das Zentrum aus Rücksicht auf die Wiedergewinnung der Regierungsgunst auch hier eine Reserve auferlegen? Wenn es durch seinen Flottenbewilligungseifer dem Volke neue jährliche Hundertmillionen-Lasten auferlegt, sollte es wenigstens bei der Landarmee da zu sparen suchen, wo es — nach der militärisch-sachverständigen Auffassung des eigenen Lagers! — nicht nur möglich, sondern auch dringendst geboten ist!

Das Reichsvereinsgesetz und die Frauen.

Der Vorstand des Deutschen Verbandes für Frauenstimmrecht fordert die ihm angeschlossenen Vereine und die Einzelmitglieder auf, in öffentlichen Versammlungen Stellung zum Reichsvereinsgesetzentwurf zu nehmen. Es wird empfohlen, folgende Resolution allerorts zur Annahme zu bringen und dem Reichstag, sowie dem Reichstagsabgeordneten einzureichen: „Die Versammlung erklärt, daß die deutsche Frauenbewegung den Entwurf eines Reichsvereinsgesetzes in seiner vorliegenden Form ablehnen wird, da der Entwurf die heute in den südlichen Staaten bestehende Vereins- und Versammlungsfreiheit aufhebt. Sie verlangt ein freiheitliches Vereinsgesetz, das ohne jede Einschränkung lautet: „Alle Reichsangehörigen haben das Recht, zu Zwecken, die den Strafgesetzen nicht zuwiderlaufen, Vereine zu bilden und sich unbewaffnet zu versammeln."

Hungermilliarden.

In der „Bank- und Handelszeitung" wird für Deutschland der Wert der Ernte für Weizen, Roggen, Gerste und Hafer berechnet. Zugrunde gelegt sind die vom kaiserlichen Statistischen Amte ermittelten Durchschnittspreise des November in Preußen. Es ergibt sich nun aus einer immer noch vorsichtigen, hinter der Wahrheit zurückbleibenden Berechnung folgendes Zahlenbild:

	Tonnen	Preis	Geldwert in 1000 Mk.
	1905/1906		
Weizen	3 699 882	170	628 980
Roggen	9 696 827	160	1 537 092
Gerste	2 [illegible]91 958	153	457 058
Hafer	6 [illegible]6 502	155	1 001 615
			3 514 745
	1906/1907		
Weizen	3 [illegible] 563	172	677 604
Roggen	9 625 738	158	1 520 836
Gerste	3 111 200	157	488 475
Hafer	8 431 379	159	1 340 589
			4 027 534
	1907/1908		
Weizen	3 479 324	221	**768 930**
Roggen	9 757 859	203	**1 980 845**
Gerste	3 497 745	173	**605 109**
Hafer	9 149 188	173	**1 582 800**
			4 937 684

Im Jahre 1907 bis 1908 ist also der Geldwert der deutschen Ernte in den vier Hauptartikeln Weizen, Roggen, Gerste und Hafer gegen das Vorjahr 1906 bis 1907 allein um

910 515 000 Mk.

gestiegen und gegen das Jahr 1905 sogar um

1 322 940 000 Mk.

Diese enorme Steigerung des Geldwerts ist nur zum geringen Teil auf eine Vermehrung der Produktion zurückzuführen, zum weit größeren auf die Steigerung der Preise. Die 1½ Milliarden Mehrgewinn der Agrarier sind das Zollgeschenk der agrarischen Regierung an ihre notleidenden Freunde, und es verschlägt ihr wenig, daß der Goldregen, der auf Ostelbien niedergeht, für die Masse der arbeitenden Bevölkerung, auch der landwirtschaftlichen, eine Vermehrung der Unterernährung und des Hungers bedeutet.

Gesegnete Teurungszeit.

„Das „Wochenblatt des landwirtschaftlichen Vereins in Bayern" schreibt in seinem Rückblick auf das alte Jahr: „Was hat dem bayerischen Landwirt das verflossene Jahr gebracht? Dankbar muß er zunächst anerkennen, daß unser Land im großen ganzen eine gesegnete Ernte hatte; es kann ferner hervorgehoben werden, daß die Preise für die Bodenprodukte und das Vieh eine Höhe erreicht haben, daß, wie der erste Präsident bei der heurigen Zentralversammlung des landwirtschaftlichen Vereins mit Recht sagen konnte, es den Landwirten ermöglicht ist, mit einer gewissen Beruhigung weiter zu arbeiten."

Endlich also doch ein Zeichen von Sättigung bei den Agrariern. Sie sind also mit der Höhe der Lebensmittelpreise vorläufig zufrieden, nur vorläufig allerdings, denn es lägt sich dabei „mit einer gewissen Beruhigung weiterarbeiten". Daß aber diese Höhe der Preise, die die Agrarier freuen, für den größten Teil der Bevölkerung Deutschlands einen Notstand bedeutet, das ist ihnen sehr gleichgültig. In der rücksichtslosesten Weise haben sie die Hungerzölle durchgesetzt, in der klar erwogenen Absicht, eine künstliche Teurung der notwendigsten Lebensmittel herbeizuführen, und daß dies Ziel erreicht ist, gibt diesen Ehrenmännern den Anlaß zu schmunzelndem Behagen.

Rußland.

Unruhen in Beßarabien. Wie der „Frankfurter Zeitung" aus Odessa gemeldet wird, herrschen im Gouvernement Beßarabien starke Unruhen, die durch das letzte Rundschreiben des Ministers des Innern, betreffend die sofortige Steuererhebung, hervorgerufen wurden. Es kam zu blutigen Zusammenstößen zwischen der Polizei und den Bauern, wobei elf Polizisten und Bauern getötet und viele verwundet wurden. Nach dem Gebiete der Unruhen wurden Dragoner kommandiert.

Ein Attentat. Am 1. Januar wurde in Samara auf einer belebten Straße der Chef der Gendarmerieverwaltung, Oberst Bobrow, von einem Unbekannten durch einen Revolverschuß getötet.

Finnland.

„Väterchen" packt zu! Die russische Regierung setzt ihre Provokationen fort. In ihrem Schreiben an den Senat verlangt sie [illegible] Weise die nachträgliche Bezahlung der Unterhaltskosten von 1905 und 1906 für die russische Gendarmerie in Finnland im Betrage von 1 Million Mark! — An der Grenze Finnlands und im Lande selber werden augenblicklich große Truppenmassen konzentriert. Das finnische Gouvernement Wiborg ist in Wirklichkeit schon als okkupiert zu bezeichnen. Die Bewohner der an der Grenze gelegenen Ortschaften fliehen denn auch scharenweise ins Innere des Landes.

Marokko.

Die Situation. Das spanische Staatsministerium gibt bekannt, daß die Vertreter Spaniens und Frankreichs den Signatarmächten der Algecirasakte in einem Rundschreiben mitteilten, der Sultan habe beide Regierungen mit der Überwachung des Waffen- und Munitionsschmuggels betraut, gemäß den Artikel 24, 25, 30 und 31 der Algecirasakte. Die Maßregel tritt sofort für die Dauer eines Jahres in Kraft.

Über die Situation in der marokkanischen Hauptstadt Fes wird der „Köln. Ztg." berichtet: Die Lage in Fes war in den letzten Tagen für die Juden gefährlich geworden, da in der Umgegend das Gerücht von einer Plünderung der Stadt verbreitet wurde und viele Reiter kamen, um daran teilzunehmen. In Fes herrschte außerdem Erregung durch die falsche Nachricht, daß zwei Araber durch Juden getötet worden seien. Die Juden opferten bei verschiedenen Heiligen (einflußreichen Priestern) in der Araberstadt, um Schutz der betreffenden Stadtviertel gegen den Pöbel zu erbitten, was ihnen auch gewährt wurde. Das Eintreffen einiger hundert aus Rabat gesandter Reiter des Sultans stellte die Ruhe in Fes wieder her und machte dort dem Gerede von einer Proklamation Mulay Hafids ein Ende.

In Rabat ist mit der Bildung der Polizeitruppe aus 40 Mann begonnen worden. Die Araber wundern sich, daß dazu ganz ungebildete und ungeeignete Rekruten genommen wurden, statt des besten Materials. Die Araber werden bald noch mehr Anlaß haben, sich über die nach europäischem Muster organisierte Polizei zu wundern. Es ist ganz stilgemäß, daß nur „ganz ungebildete und ungeeignete Rekruten" genommen werden; die besseren Elemente sind nicht „schneidig" genug.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Freitag, den 3. Januar.

Die Tagesordnung der nächsten Bürgerschafts-Versammlung ist noch um folgenden Gegenstand bereichert worden: Bericht der Kommission zur Prüfung der Senatsvorlage, betreffend die Verbesserung der Sielverhältnisse in der Schützen-, Hansa- und Lindenstraße und Ausführung eines Schmutzwasserabfangkanals im Zuge der Moislinger Allee und Lachswehr-Allee nebst Pumpanlage, sowie Bau einer Kläranlage.

Schon wieder ein „Terrorismus"-Schwindel. Das Amtsblatt druckt aus den „Hamburger Nachrichten" eine Notiz ab, in der es heißt:

„Ein Seitenstück zu den Steinbacher Krawallen, bei denen Sozialdemokraten kürzlich wegen Landfriedensbruch, Verübung von Gewalttätigkeiten, Körperverletzung und Beleidigung zu insgesamt über 28 Monaten Gefängnis verurteilt worden waren, kam am 18., 19. und 20. Dezember 1907 vor dem Leipziger Landgericht in 3tägiger Verhandlung zum Austrag. Wieder waren es neun rote Rebellen, die sich gegen Zucht und Ordnung aufgelehnt hatten und dafür zu zusammen 31 Monaten 4 Wochen Gefängnis verurteilt wurden."

Wir sind überzeugt, daß in der Redaktion der „Lübeckischen Anzeigen" auch mindestens ein Leipziger Blatt gelesen wird. Ist das der Fall, dann müßten die Verbreiter des obigen Terrorismus-Schwindels wissen, daß das Gericht in dem oben erwähnten Leipziger Prozeß ausdrücklich festgestellt hat, daß es sich um Vorgänge handelt, die mit der politischen Gesinnung der Angeklagten in gar keinem Zusammenhang stehen und daß von irgend welchem Terrorismus nicht die Rede sein kann. Es gibt also nur zwei Möglichkeiten: Entweder druckt das Amtsblatt in seiner Unwissenheit alle Anwürfe gegen die Sozialdemokratie ab, oder es macht sich mit Absicht zum Verbreiter von Verleumdungen; letztere Annahme scheint aber die richtige zu sein.

Der Jahresbericht der Lübecker Handelskammer für 1907 bringt folgende Angaben über das wirtschaftliche Leben Lübecks:

„Die im allgemeinen günstige Lage des deutschen Wirtschaftslebens im verflossenen Jahre hat sich in dem Gange von Lübecks Handel, Industrie und Schiffahrt deutlich wiedergespiegelt. Die am Ende des Jahres einsetzende, von einer außergewöhnlichen Geldknappheit begleitete Abschwächung mag manchen Berichten eine etwas düstere Färbung gegeben haben, und wenn auch zweifellos einzelne Wirtschaftszweige durch das Zusammentreffen verschiedener ungünstiger Momente in ihrem Geschäftsergebnis beeinträchtigt worden sind, so wäre es gleichwohl verfehlt, deswegen das verflossene Jahr für unseren Bezirk als nicht besonders günstig oder als nicht zufriedenstellend zu bezeichnen.

In bei weitem den meisten Zweigen des Handels wurde zum mindesten der rege Umsatz des Vorjahres erreicht, in vielen war sogar eine Steigerung desselben zu verzeichnen. Infolge der entsprechend lebhaften Güterbewegung erfreute sich die Spedition einer ausgesprochen guten Beschäftigung. Vor allem der Verkehr mit Schweden und Finnland zeigte in beiden Richtungen eine erhebliche Zunahme. Auch der direkte und der durch die ostdeutschen Häfen vermittelte Verkehr mit Rußland war trotz der noch immer bestehenden Geschäftsunsicherheit befriedigend und wies im Herbste eine erfreuliche Belebung auf, während der Verkehr mit Dänemark sich im allgemeinen ungefähr auf dem vorjährigen Stande hielt, wenn auch die Einfuhr vielleicht in einigen Massengütern eine durch Mehrzufuhren anderer Artikel nicht völlig ausgeglichene Minderung erfuhr. Die Inbetriebnahme des hiesigen Hochofenwerks brachte der Einfuhr eine beträchtliche Steigerung an Steinkohlen, Erzen und Kalksteinen. Außerdem erfuhr die Ausfuhr eiserner Fabrikate und vor allem der Umsatz in Eisenkurzwaren, aber auch in feinen Holzwaren sowie in Papier eine ansehnliche Ausdehnung. Desgleichen war der Handel in Feldsämereien und Hanf, in Drogen, sowie in Weinen und Spirituosen wie im Vorjahre recht befriedigend, wenn auch ein entsprechender Nutzen nicht in allen Fällen zu verzeichnen war. Im Platzgeschäft herrschte namentlich in Haus- und Küchengeräten, Tuchen, Leinen und Leinenwaren ein reger Geschäftsgang.

Andererseits verursachte die ungünstige Witterung im Frühjahr und Sommer dem Handel in manchen Artikeln einen fühlbaren Ausfall, so in Kartoffeln, Früchten, darunter Kronsbeeren, ferner auch in Teer und Pech, sowie in Manufakturwaren. Auch der früher bedeutsame Getreideimport erreichte infolge mangelhafter russischer Ernten nicht die Höhe der vorjährigen Ablieferung und die Einfuhr von Vieh und Fleisch blieb hinter der durch außergewöhnlichen Umfang ausgezeichneten Einfuhr des Vorjahres beträchtlich zurück. Im Holzhandel wirkte die Ungunst der Witterung mit der durch den hohen Diskont bedingten Abnahme der Bautätigkeit zusammen, um den Gewinn und vielleicht auch den Umsatz zu beeinträchtigen. Ebenfalls durch die verringerte Tätigkeit des Baugewerbes wurde der Umsatz in Zement und Kalk in Mitleidenschaft gezogen. Klagen über lange Lieferfristen der produzierenden Werke waren in diesem Jahre nicht so häufig wie im Vorjahre; nur im Handel mit schwedischem Holzkohleneisen und Stahl, mit Eisenkurzwaren und Papier haben sich in dieser Beziehung gewisse Unzuträglichkeiten gezeigt. Auch der noch im ersten Halbjahr auf manchen Geschäftszweigen lastende Druck hoher Einkaufspreise erleichterte sich anscheinend, zumal da es in den meisten Fällen, wenn auch verschiedentlich nicht ohne harten

Kampf, gelang, eine entsprechende Erhöhung der Verkaufspreise durchzusetzen.

Im Kleinhandel hat die in weitere Kreise der Detaillisten dringende Erkenntnis des Wertes einer tatkräftigen Selbsthilfe dem Rabattspar-Verein „Lubeca" weitere Mitglieder zugeführt, deren Zahl damit bis Anfang November auf 756 gegen 672 zu Beginn des Jahres gewachsen war. Vor allem aber ist der von den Mitgliedern des Vereins erzielte Barumsatz gegen Rabattmarken erheblich gestiegen, insofern in der Zeit vom 1. Januar bis 1. November 50 000 gefüllte Sparbücher mit einem Barbetrage von 250 000 Mk. gegen 146 000 Mk. im gleichen Abschnitt des Vorjahres eingelöst worden sind.

In der Industrie wurde fast überall da, wo im einzelnen ungünstige äußere Verhältnisse eintraten, die Wirkung dieser schädigenden Momente durch die allgemein günstige Wirtschaftslage mehr oder weniger gemildert, wie dies z. B. hinsichtlich der Wirkung des nassen und kühlen Sommers auf die Brau- und die Molkereiindustrie sowie auf den Absatz der Fabrikation von künstlichen Düngemitteln gilt. Von einem wirklich unbefriedigenden Geschäftsgange berichten, abgesehen von der Müllerei und der Margarineindustrie, welche Gewerbe unter unvorteilhaften Einkäufen der Rohstoffe und verringertem Umsatz gelitten haben, einerseits die Sägemühlenindustrie und die Kistenfabrikation, die sich infolge der hohen Holzpreise in ihrem Absatzgebiet beschränkt sahen, andererseits der Schiffsbau und dessen Nebengewerbe, da der Bau neuer Schiffe eine nach der Überproduktion der letzten Jahre unvermeidliche Abschwächung aufwies. Die bereits erwähnte verringerte Beschäftigung der Baugewerbe ließ die Ziegelindustrie einen ausgedehnten Lagerbestand in das kommende Jahr hinübernehmen, während die Kalksandstein- und Dachpappen-Industrie trotz des Nachlassens der privaten Bautätigkeit ihren Umsatz auf gleicher Höhe halten konnte. Auch die Konservenindustrie vermochte trotz der ungewöhnlich kleinen Gemüse- und Obsternte in Norddeutschland annähernd den Absatz des Vorjahres zu erreichen, wenngleich die Preise für einzelne Teile ihrer Produktion jeden Gewinn ausschlossen. Selbst längere Streikbewegungen haben in der Möbelindustrie und Faßfabrikation den Absatz nicht herabdrücken können; die erstere berichtet sogar von einer Steigerung des Umsatzes. In der Gelbgießerei, der Emaillewarenindustrie, der Zuckerwarenindustrie und in der Buch- und Steindruckerei herrschte der rege Geschäftsgang des Vorjahres, in vielen anderen Gewerbezweigen wurde der im Jahre 1906 verzeichnete lebhafte Umsatz sogar noch überschritten, so im Bagger- und Maschinenbau, in der Blechemballagenfabrikation, der Glockengießerei, der Bürsten- und Piassavawarenindustrie, der Fabrikation von pharmazeutischen Präparaten und Verbandstoffen und in der Fischindustrie. Wenn auch in manchen dieser Unternehmungszweige die nicht immer durch höhere Verkaufspreise völlig ausgeglichenen hohen Materialpreise sowie nicht selten Erhöhungen der Arbeitslöhne den Gewinn beeinträchtigt haben, so kann das Ergebnis des Berichtsjahres für sie im allgemeinen doch als recht günstig bezeichnet werden.

Die regelmäßige Schiffahrt konnte in fast allen Verkehrsbeziehungen eine lebhafte Beschäftigung verzeichnen, sodaß des öfteren, vor allem im Verkehr mit Finnland, trotz Einstellung von Extradampfern der Güterandrang kaum bewältigt werden konnte. Durch die Verlegung des Auswandererdienstes Libau-Hamburg der Hamburg-Amerika Linie nach Lübeck fand der hiesige Schiffahrtsverkehr zeitweise eine erfreuliche Erweiterung. — Die Stückgutfrachten hielten sich im allgemeinen auf der auskömmlichen Höhe des Vorjahres; im Verkehr mit Rußland wurde sogar eine geringe Erhöhung ausbedungen. In den Kohlen- und Holzfrachten dauerte die Aufwärtsbewegung an, während sich in der Segelschiffahrt infolge des niedrigen Elbwasserstandes im Herbst ein Mangel an Ausfrachten fühlbar machte. Die freie Schiffahrt brachte dagegen den beteiligten Reedern auch in diesem Jahre kaum einen Nutzen. Wenn auch die Frachtsätze im Herbst nicht unerheblich über den durch die Überproduktion an Schiffsraum verschuldeten niedrigen Stand hinausgelangten, so reichte dies doch nicht aus, um die Wirkung der Einbußen, die durch Arbeiterbewegungen in verschiedenen Häfen, durch außerordentliche Wartezeiten in englischen Kohlenplätzen und im Frühjahr durch Mangel an Holzladungen entstanden waren, aufzuheben.

In der Binnenschiffahrt wirkten das im Frühjahr einsetzende Hochwasser, andauerndes Niedrigwasser im Herbst und die Frostperiode im November zusammen, um den Vorteil eines im Berg- und Talverkehr mäßig vermehrten Güterangebots sowie der höheren stabilen Frachten, deren sich die Elbschiffahrt infolge der Beseitigung des vordem obwaltenden scharfen Konkurrenzkampfes erfreute, völlig aufzuheben und das Ergebnis im ganzen wiederum ungünstig zu gestalten."

Mitglieder der Senate von Lübeck, Bremen und Hamburg hielten gestern vormittag 10 Uhr eine Sitzung im Phönixsaal des Hamburger Rathauses unter Vorsitz des Hamburger Bürgermeisters Dr. Burchard ab.

Anmeldung schulpflichtiger Kinder zur Aufnahme in die städtischen oder vorstädtischen Volksschulen. Es wird in Erinnerung gebracht, daß die Schulpflicht mit dem auf das vollendete sechste Lebensjahr folgenden Ostern beginnt. Kinder, welche bis zum 30. April 1908 das sechste Lebensjahr vollenden, können ohne weiteres, die, welche zwischen Ostern und Michaelis sechs Jahre alt werden, ausnahmsweise schon zu Ostern d. Js. aufgenommen werden, wenn sie nach einem ärztlichen Zeugnis gesund und kräftig sind. Eltern, welche ihre Kinder zu Ostern 1908 in eine städtische oder vorstädtische Volksschule aufgenommen zu sehen wünschen, werden aufgefordert, die Kinder baldtunlichst, spätestens aber bis Ende Januar d. J. bei dem betreffenden Hauptlehrer anzumelden. Bei der Anmeldung ist der Taufschein, in dessen Ermangelung aber wenigstens der Geburtsschein vorzulegen und bezüglich derjenigen Kinder, welche ihr 12. Lebensjahr bereits zurückgelegt haben, der Nachweis der gesetzlichen Wiederimpfung vorzulegen. — Die Anmeldung der in die hiesigen Mittelschulen zu Ostern aufzunehmenden Kinder hat im Laufe dieses Monats an jedem Werktage zu erfolgen und zwar für die I. Knaben-Mittelschule beim Hauptlehrer Gottschalk im Schulhause, Glockengießerstraße 37, von 12[30] bis 1[30] Uhr. St. Lorenz-Knaben-Mittelschule beim Hauptlehrer Bechmann im Schulhause, Marquardstraße (Haupteingang), von 12[30] bis 1[30] Uhr. I. Mädchen-Mittelschule beim Hauptlehrer Stehr, Schildstraße 6, von 3½ bis 4½ Uhr. II. Mädchen-Mittelschule beim Hauptlehrer Böhning, Fischbauerstraße 73, von 3½ bis 4½ Uhr. St. Lorenz-Mädchen-Mittelschule beim Hauptlehrer Humbke im Schulhause, Marquardplatz (Haupteingang), von 12[30] bis 1[30] Uhr. Bei der Anmeldung ist der Taufschein oder in dessen Ermangelung der Geburtsschein des Kindes und, falls das letztere das 12. Lebensjahr bereits vollendet hat, auch der Schein der Wiederimpfung vorzulegen. Alle Mittelschulen sind in ihren Lehrzielen gleich.

Schluß der Kanalschiffahrt. Nachdem die Schiffahrt auf der Elbe wegen starken Eisganges geschlossen ist, wird auch der Elbe-Trave-Kanal vom 5. Jan. d. Js. ab für alle Schiffe gesperrt.

Konkurseröffnung. Über das Vermögen des Kaufmanns Carl Heinrich Wessel, Inhaber eines Hut- und Mützengeschäftes in Lübeck, Holstenstraße 32, ist am 2. Januar 1908, vormittags 11¾ Uhr das Konkursverfahren eröffnet worden. Der Kaufmann W. H. Möller wurde zum Konkursverwalter ernannt.

Folgende Warnung erläßt das Berliner Polizeipräsidium: Von dem „Versandhaus Georheta", Inhaber Georg Pohl in Schöneberg, Hohenstaufenstraße 69, wird in hiesigen Zeitungen das „Menstruationspulver Pohli" gegen monatliche Stockungen usw. angepriesen. Von dem lediglich aus den gepulverten Blütenköpfen der Römischen Kamille bestehenden, zum Preise von 3 Mk. verkauften Mittel ist die gleiche Menge in jeder Apotheke für etwa 30 Pfg. zu haben. Vor Bezug dieses Mittels, dem die ihm beigelegte Wirkung nicht innewohnt und das ebenso wie alle ähnlichen unter den verschiedensten Namen angepriesenen Menstruationspulver nur auf Ausbeutung leichtgläubiger Frauen berechnet ist, wird hiermit gewarnt.

Arbeitersekretariat. Die Zahl der Besuche belief sich im Monat Dezember auf 592 (666), die der Besucher auf 639 (734). — Die eingeklammerten Zahlen sind die des vorvergangenen Monats. — Davon kamen in derselben Sache wiederholt 80 Personen. Auskünfte wurden erteilt 628 (690), darunter nach auswärts schriftlich 11 (11). Von den Besuchern waren organisiert 346 (317) Personen, und zwar gewerkschaftlich 207, politisch 10, gewerkschaftlich und politisch 129. Unter den verbleibenden 293 Nichtorganisierten befinden sich 74 Angehörige von Organisierten und 126 Organisationsunfähige. Dem Geschlecht nach waren von den Besuchern 459 (526) männlich, 178 (204) weiblich. Den Hauptgruppen nach verteilen sich die Besucher wie folgt: Arbeitnehmer und deren Angehörige 590 (673); selbständige Gewerbetreibende, Beamte 2c. und deren Angehörige 47 (57); Organisationen 2 (4). In Lübeck-Stadt hatten von den Besuchern 519 (604) Personen ihren Wohnsitz, in Lübeck-Land 27 (38), Oldenburg 43 (47), Mecklenburg 19 (16), Preußen 31 (27) und sonstwo 0 (2). Die Auskünfte verteilen sich wie folgt: Arbeiterversicherung (Unfall-, Invaliden- und Krankenversicherung 145 (124), Arbeits- und Dienstvertrag 97 (141), bürgerliches Recht 274 (260), Strafrecht 45 (51), Gemeinde- und staatsbürgerliche Sachen 44 (62), Arbeiterbewegung 1 (4), Privatversicher. 6 (18), Handels- und Gewerbesachen 3 (4), Verschiedenes 13 (26). Von den Auskünften machten 102 (119) die Anfertigung von 102 (144) Schriftsätzen erforderlich; außerdem gingen aus 23 (21) sonstige Briefe und Postkarten. Ein gingen 82 (105) Postsendungen. Der 10. und der 30. Dezember zeigten mit 39 (50) die höchste, der 4. Nov. mit 10 (10) die niedrigste Besucherzahl.

„Generalanzeiger für Dumme". In der sogenannten unparteiischen, zumeist regierungs„liberalen" Presse findet man oft ein Inserat des in Köln wohnenden „berühmten Wahrsagers" H. Bettermann, der sich gegen gutes Geld erbietet, „wahr" zu sagen über „Ehe, Kinder, Prozeß, Lotterie, Sterbefälle in der Familie, Geschäftliches, Erbschaften und Veränderungen". Wie kürzlich in einem in Nürnberg verhandelten Strafprozesse bekannt wurde, hat der Beutelschneider in der kurzen Zeit von drei Wochen dort nicht weniger als 446 Dumme, meist Mädchen und junge Ehefrauen, gefunden, die auf das Inserat hineingefallen sind. Ein Kölner Polizeibeamter bekundete in dem Prozeß als Zeuge, daß der „Wahrsager" ein im höchsten Grade anrüchiger Mensch sei, der schon viele Strafanstalten absolviert, Zuhälter gewesen und wegen eines Einbruchs in die Kriminalschutzwache anderthalb Jahre Gefängnis erhalten habe. Es ist interessant, die Namen der Zeitungen kennen zu lernen, die durch zum Teil wiederholten Abdruck des handgreiflichen Schwindelinserats für schmutziges Geld dem Betrüger sein Gewerbe überhaupt erst ermöglicht haben. Unter den „Ehrlichen" befand sich natürlich der „Lübecker General-Anzeiger", ferner „Ostdeutsche Volkszeitung" (Insterburg), „Posener Neueste Nachrichten", „Danziger Neueste Nachrichten", „Graudenzer Gesellige", „Stralsunder Zeitung", „Chemnitzer Neueste Nachrichten", „Zwickauer Tageblatt", „Erfurter Allg. Anzeiger", „Eisenacher Tagespost", „Geraer Zeitung", „Breslauer General-Anzeiger", „Königshütter Tageblatt", „Badische Presse" (Karlsruhe), „Mannheimer General-Anzeiger", „Nürnberger General-Anzeiger" u. a. — So bezahlen die Dummen das viele Papier ihrer unparteiischen Organe doppelt und dreifach.

Für den Betrieb der Fähre im Klughafen verordnet das Polizeiamt folgendes: § 1. Die Überfahrt findet statt in der Zeit vom 1. April bis 30. September von 6 Uhr morgens bis 9 Uhr abends, in der Zeit vom 1. Oktober bis 31. März von 6 Uhr morgens bis 6 Uhr abends. § 2. Das Fährgeld beträgt 5 Pfennige für die Person und einmalige Überfahrt. Der Fährpächter ist berechtigt, für die regelmäßige Benutzung der Fähre Abonnementsbeträge zu vereinbaren.

Gefundene Gegenstände. Im Monat Dezember v. J. sind beim Polizeiamt als gefunden eingeliefert und nicht wieder abgefordert worden: Diverse Portemonnaies mit Inhalt, sowie Handtaschen mit Inhalt, 1 goldene Herrenuhr, 1 goldene Damenuhr, 1 goldener Trauring, 2 Broschen, 1 Korallenhalskette, 2 Armbänder, 1 silb. Krawattennadel, 1 Zigarrenspitze im Etui, 1 Hundegerte, 1 Blechtrichter, 1 Packet mit Puppenzeug und Spitzen, 1 zugeschnittener Herrenrockärmel, 1 Muff, 11 weiße Taschentücher, 1 Paar halblange Arbeitsstiefel, 1 schwarzer steifer Herrenhut und 2 Peitschen.

pb. **Ein Langfinger.** Ein Töpfergeselle aus Gr. Rhüden, der in der Marktstraße bettelte, und bei dieser Gelegenheit sich ein Paar Herrenstiefeln rechtswidrig aneignete, wurde festgenommen.

pb. **Schwindler.** Festgenommen wurde ein Dachdeckergehilfe von hier, der sich bei einem Möbelhändler für 400 Mk Möbel unter Vorspiegelung falscher Tatsachen erschwindelte, und diese Sachen für 170 Mk. wieder verkaufte. Das Geld verjubelte er in Hamburg.

pb. **Gestohlenes Jackett.** Aus einem nach dem Hofe belegenen Zimmer des Hauses Große Burgstraße 45 wurde ein dunkelkariertes Herrenjakett gestohlen.

pb. **Steckbriefling.** Festgenommen wurde ein Knecht aus Demmin, der seitens der Großherzoglichen Amtsanwaltschaft in Güstrow wegen Körperverletzung steckbrieflich verfolgt wird.

Stadttheater-Provisorium. Aus dem Theaterbureau schreibt man uns: Auf das Gastspiel von Fräulein Irma Tiedtrich vom Thaliatheater in Hamburg möchten wir nochmals aufmerksam machen; da die Nachfrage nach Billets für diese „Maria Stuart"-Vorstellung eine sehr rege ist, empfiehlt es sich rechtzeitig gute Plätze zu sichern. Jeder Platz kostet an diesem Tage 50 Pfg. Sonntag nachmittag wird noch ein letztes Mal die Kindervorstellung „Aschenbrödel" gegeben. Die Preise betragen für Loge 50 Pfg., Parkett 30 Pfg. und Parterre 20 Pfg. Sonntag abend 7½ Uhr wird „Die Fledermaus" in Szene gehen. Das Orchester wird auf die für Operette seltene Höhe von 52 Musiker gebracht. Herr Ludwig Maurick, der hier noch unvergessene, beliebte Heldentenor wird am 7. und 9. Januar ein zweimaliges Gastspiel absolvieren, worauf wir schon heute aufmerksam machen wollen. Der Künstler singt am Dienstag den „Siegfried" in Wagners gleichnamiger Oper.

Moisling. Die Monatsversammlung der Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins findet am Sonnabend, abends 8½ Uhr, bei Schreiber statt. Parteisekretär Genosse Weyers-Lübeck wird einen Vortrag halten. Zahlreicher Besuch ist notwendig.

Ratzeburg. Schrecklicher Unglücksfall. Ein Ehepaar aus dem Fischergang ging am ersten Weihnachtstage zur Kirche und vertraute sein noch nicht zwei Jahre altes Töchterchen der Obhut einer Nachbarfamilie an. In einem unbewachten Augenblick riß hier die Kleine ein mit kochendem Wasser gefülltes Gefäß um, dessen Inhalt sich über die Kleine ergoß. Die schweren Brandwunden, mit denen der ganze Körper des Kindes bedeckt war, führten am Sonnabend den Tod desselben herbei.

w **Mölln.** Ertrunken. Gestern mittag ertrank auf dem Schulsee der 18jährige Arbeiter C. Drews, Sohn des Zigarrenarbeiters J. Drews, hier. — D. wollte sich über das Eis zur Arbeitsstätte begeben, geriet dabei auf das dünne Eis des Mühlenstroms, brach ein und ertrank. Die Kollegen unternahmen sofort Rettungsversuche, wobei sie jedoch auch auf der dünnen Eisdecke durchbrachen. Die Leiche D.s wurde geborgen.

Schlagsdorf. Durch Großfeuer wurden am Neujahrstage die Gewese des Schulzen Oltmann sowie des Gastwirtes Reimers zerstört.

Schönberg. Unvernünftige Menschen. Toll ging es hier in der Silvesternacht zu. Gelegentlich einer Tanzmusik erhielt ein Arbeiter 4 gefährliche Messerstiche in den Kopf, so daß ein Arzt die Wunden verbinden mußte. Der als Raufbold bekannte M. von hier kam in der Nacht heim und ging seinem Hauswirt mit einem Beil zu Leibe. Dieser mußte sich Hilfe holen und in der Notwehr erhielt der Angreifer schwere Kopfwunden, so daß auch hier ein Arzt tätig sein mußte. Später wurde M. verhaftet.

Neumünster. Kindestötung. Ein bei einem Oberlehrer bedienstetes Mädchen hat heimlich geboren und das Kind im Ofen zu verbrennen versucht. Der entstehende Geruch veranlaßte die unnatürliche Mutter, die Leiche aus dem Ofen wieder herauszuholen und auf dem Boden zu verbergen. Dort ist sie dann gefunden und gerichtlich beschlagnahmt worden. Die Obduktion hat ergeben, daß das Kind in der Geburt gelebt hat. Die Mutter liegt im Krankenhause.

Altona. Vom Zuge totgefahren. In der Silvesternacht ist auf dem Hauptbahnhof der Hilfsgepäckträger Schaubeit, Steinstraße 145 wohnhaft, beim Überschreiten der Geleise von einem Vorortszug erfaßt und überfahren worden. Der Tod trat auf der Stelle ein. Der Tote hinterläßt eine Frau mit vier kleinen Kindern.

Flensburg. Einen Akt sträflichen Leichtsinns beging am 1. Mai v. J. das 17jährige Kindermädchen Anna L. das bei einem Restaurateur in der Norderstraße bedienstet war. Das Mädchen gab dem 2½jährigen Sohn des Dienstherrn mehrere Schnapsgläser voll abgestandenen Bieres und Branntweins. Der Knabe geriet bald in die Stimmung eines Betrunkenen, doch gaben seine in der Bezechtheit ausgeführten Tollheiten dem Mädchen nur Anlaß zum Lachen. Später erkrankte der Knabe an akuter Alkoholvergiftung, hat aber zum Glück keine ernsten Beschädigungen davongetragen. Die Strafkammer erkannte gegen das Mädchen, das nur aus Leichtfertigkeit gehandelt haben wollte, auf 50 Mk. Geldbuße.

Heiligenhafen. Feuer. Dienstag wurde in Gremersdorf das Haus des Milchfuhrmanns Oemerdiek ein Raub der Flammen. Das Haus war ein Rauchhaus.

Rostock. Ein Zusammenbruch. Die hiesige Bankfirma S. Neumann hat ihre Zahlungen eingestellt, die Regelung der Angelegenheiten liegt in den Händen der „Deutschen Treuhandgesellschaft", Berlin.

Leer (Ostfriesland). Drei Personen ertrunken. Auf dem Hammerich sind zwischen Tjakleaer und Bremermoor nachmittags drei Personen, ein Mann und zwei Frauen, auf dem Eise beim Schlittschuhlaufen eingebrochen und ertrunken.

Bremen. Starke Explosionen haben sich Donnerstag abend an vier verschiedenen Stellen des Telegraphentunnels ereignet, bei denen ein Telegraphenarbeiter schwer verletzt wurde. Die eisernen bezw. Steinplatten auf den Einsteigeschächten wurden mit kolossaler Gewalt in die Luft geschleudert. Durch den Luftdruck wurden mehrere Schaufenster eingedrückt. Die Feuerwehr eilte sofort zur Hilfe herbei und leitete die Aufräumungsarbeiten. — Die neueren Nachrichten über den Mord besagen, daß an dem Rumpfe der ermordeten Frau doch Wunden gefunden worden sind, die den Tod herbeigeführt haben. In der Brust befinden sich zwei Stiche. Der Rücken ist von oben bis unten aufgeschnitten. Aller Wahrscheinlichkeit nach gehörte die so plötzlich ums Leben Gekommene zu den Auswanderern. Dafür spricht auch die Nähe des Fundorts bei den Auswandererhallen. Dafür spricht auch der slavische Typus des Gesichts. Trifft dies aber zu, so ist es auch sehr wahrscheinlich, daß der Mörder ebenfalls ein Auswanderer war und bereits Bremen verlassen hat. Über die Persönlichkeit des Mörders, auf dessen Ermittlung die Staatsanwaltschaft 500 Mk. Belohnung ausgesetzt hat, ist bisher immer noch nichts bekannt. Jetzt verlautet, daß die Ermordete eine Polin war, die schon seit etwa 10 Wochen, aber unangemeldet, auf der Ruggenburg Nr. 43 wohnte.

Theater und Musik.

Der Strom. Drama in drei Akten von Max Halbe, ging gestern abend im Stadthalleutheater in Szene. Das Stück ist bereits im alten Stadttheater aufgeführt worden, vermochte sich jedoch nicht lange auf dem Repertoir zu halten. Und so wird es auch wohl jetzt kommen. Halbe kommt uns im „Strom" symbolisch. Er vergleicht die Menschenschicksale mit Eisschollen, die vom Strom des Lebens unaufhaltsam in das Meer getrieben werden. Das Drama ist bei weitem nicht so ursprünglich und tief als des gleichen Dichters Erstlingswerk „Jugend"; trotzdem erzielt es bei guter Darstellung noch immer seine Wirkung. Herr Fanger spielte den rücksichtslosen Peter Doorn mit vielem Eifer; dennoch muß gesagt werden, daß seine Veranlagung den Künstler für derartige robuste Naturen nicht besonders geeignet erscheinen läßt. Auch mit dem Heinrich Doorn des Herrn Eichgrün konnten wir uns nicht besonders befreunden; er spielte zu gekünstelt. Besser gefiel Herr Lassen als Jacob. Eine schöne Leistung bot Herr Riemeyer als Ohm Ullrich. Die Renate des Frl. Munkwitz würde noch gewinnen, wenn die Künstlerin mehr natürlicher geben würde. Die Vorstellung fand eine recht beifällige Aufnahme. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargebiete und die mit P. L. gezeichneten Artikel Paul Lewigt; für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck.

Inventur-Ausverkauf.

In allen Abteilungen sind die zurückgesetzten Waren besonders ausgelegt.

Die Preisermässigungen sind gewaltig.

Viele Waren sind auf die Hälfte und darunter herabgesetzt.

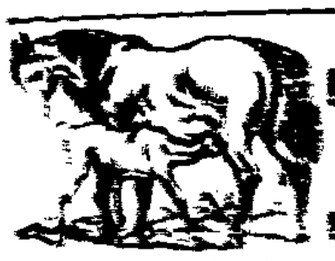
Besonders vorteilhafte Einkaufsgelegenheit für

Damen-Konfektion
Mädchen-Konfektion
Kleiderstoffe, Seidenstoffe
Halbiertige Roben
Aussteuer-Artikel
Leibwäsche, Schürzen
Herrenwäsche, Krawatten
Handarbeiten, Gürtel
Taschentücher

Herren-Garderoben
Knaben-Garderoben
Teppiche, Gardinen
Tischdecken, Portièren
Pelzwaren
Schuhwaren
Glas und Porzellan
Hausstands-Artikel
Galanterie- u. Lederwaren.

Rudolph Karstadt, Lübeck.

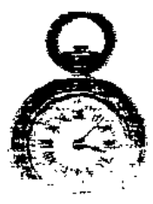
Feine und Haushalts-Wäsche
wird angenommen
Dankwartsstraße 39.

Empfehle

ganz prima fettes Filet-Fleisch, sehr dick Flomen
sowie gekochtes Kalbfleisch, f. Rauchfleisch u. feine Mortadella.
Ernst Wulff Dankwartsstr. 34. — **Frau S. Becker** Fischerstr. 23.

Geschäfts-Eröffnung.

Mit dem heutigen Tage eröffne ich neben meinem Hauptgeschäft Steinraderweg 30c in der
Beckergrube 31, nahe bei Fünfhausen
ein 2. Spezialgeschäft in Bürstenwaren aller Art
Bitte mein junges Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Hochachtend **Ernst Haase,** Bürstenfabrikant. Fernsprecher 1382.

Heinrich Beckmann
Kaiserstrasse 6
Schuhwaren aller Art billig.
Rote Rabattmarken.
Reparatur-Werkstatt. — Handarbeit.



Uhren u. Goldwaren
Trauringe 333 u. 585 gest.
anerkannt billig bei
Ernst Gentzen
Uhrm., Königstr. 62, b. d. Hüxstr.
Gebe rote Rabattmarken.

Geschäfts-Verlegung.

Mit dem heutigen Tage verlege ich mein
Rasier-, Frisier- und Haarschneide-Geschäft
von Ziegelstraße 25 nach
vis-à-vis Ziegelstraße 14, part.
Indem ich peinlich saubere Bedienung zusichere, bitte ich, das mir bisher erwiesene Wohlwollen auch in meinem neuen Geschäftslokal erhalten zu wollen.
Otto Frauer, Barbier u. Friseur.

---

5 Pfg. zahle für **Hausstandslumpen,** sowie für **Eisen u. Metalle die höchsten Preise.** Postkarte genügt.
Karl Kleinfeld, Waisenhofstraße 25.

Damen-Roßl.-Knopfstiel. 3.30 Mk.	**Damen-Schnürstiefel** extra leicht 4.45 Mk.	**Damen-weiße Spangen** 2.55 Mk.	**Damen-Hausschuhe** warm Futter 1.35 Mk.	**Damen-Gems-Salon** 85 Pfg.
Herren-Zugstiefel 3.35 Mk.	**Inventur-Ausverkauf.** **Hugo Haendler** **95 Breitestr. 95 ⊖ 25 Breitestr. 25.** Bitte Fenster zu beachten.			**Herren-Schnürstiefel** 4.65 Mk.
Herren-Schnallenstiefel 4.65 Mk.				**Herren-Boxcalf-Schnürstiefel** 7.80 Mk.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 2. Freitag, den 3. Januar 1908. 15. Jahrg.

Soziales und Parteileben.

Die Kämpfe und Erfolge des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter. Die Erfolge der Arbeiter dieser Organisation haben um so größeres Interesse, als es sich ja um Arbeiter aus „Musterbetrieben" handelt. So war der Verband gezwungen, Lohnbewegungen zu führen: 1904: an 24 Orten für 193 Betriebe mit 22 582 Beteiligten; 1905: an 40 Orten für 161 Betriebe mit 42 519 Beteiligten; 1906: an 51 Orten für 247 Betriebe mit 41 162 Beteiligten; außerdem einen Streik im Jahre 1905 und 4 Streiks und 6 Aussperrungen im Jahre 1906. Obgleich oder trotzdem die Kämpfe gewachsen, die Maßregelungen von Staats- und Gemeindebeamten immer zahlreicher geworden sind, ist der Einfluß des Verbandes immer größer geworden. Ist doch die Mitgliederzahl fortgesetzt gestiegen von rund 13 000 im Jahre 1904 auf 26 000 im Jahre 1906. Die Erfolge prägen sich in folgenden Zahlen aus: Erreicht wurden im Jahre 1904 für 487 Beteiligte pro Person und Woche 13,9 Stunden, im Jahre 1905 für 2981 Beteiligte 6,67 Stunden und im Jahre 1906 für 4194 Beteiligte 9,16 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche und Person. An Lohnerhöhungen wurden erreicht pro Person und Woche: im Jahre 1904 97 Pf., im Jahre 1905 1,64 Mk., im Jahre 1906 1,51 Mk. für 9805, 14 584 und 25 664 beteiligte Personen in den genannten Jahren. Ferner wurden für 18 736 Personen kleine Aufbesserungen, für 1529 Ruhegeld und Hinterbliebenenversorgung, für 3657 Sommerurlaub von 2 bis 8 Tagen bei voller Lohnzahlung durch Ortsstatut festgelegt, für 1673 Personen Arbeiterausschüsse zugestanden und für 11 000 gelangte die Differenz zwischen Krankengeld und Lohn für 4 bis 6 Wochen in Krankheitsfällen zur Geltung. Ein Lohnaufschlag für Überzeitarbeit kam in folgender Weise zur Durchführung: Lohnaufschlag für Überstunden 1905: 4346, 1906: 10 400 Beteiligte, Lohnaufschlag für Sonn- und Feiertagsarbeit 1905: 2415, 1906: 6175 Beteiligte. Ferner wurde 1905 für 10 Mann die Akkordarbeit beseitigt, 1680 Kollegen erhielten eine verbesserte Fabrikordnung und 12 428 bekamen sonstige Verbesserungen, hauptsächlich in puncto Arbeiterfürsorge. Im Jahre 1908 war die Zahl für letztere 12 109 und für die Durchführung einer besseren Fabrikordnung 555. Alles in allem ein rüstiges Vorwärtsschreiten dieser Organisation, die mit besonders großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat.

Die Aufhebung des Koalitionsrechtes durch Polizeiverfügung ist vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf für Solingen als zulässig bezeichnet worden. Die Polizei verbot nämlich bei dem Streik Hammesfahr-Foche das Streikpostenstehen in der Zeit von 5 Uhr abends bis 9 Uhr morgens, das heißt also in der Zeit, wo die Arbeitenden zur Arbeit gingen oder von Arbeit kamen, wo es also allein wirksam sein konnte. Dieses Verbot ist auf erhobene Beschwerde bestätigt worden, was in Deutschland nicht wunder nimmt. Wir haben alle Rechte auf dem Papier, die Polizei aber hat das Recht, alle Rechte der Bürger in der Praxis aufzuheben.

Nationale Vergewaltigung. Man berichtet aus Blankenburg (Schwarzburg-Rudolstadt): Mit welchen Mitteln hier gegen die Arbeitervereine vorgegangen wird, zeigt folgender Fall: Einem Mitglied des Turnvereins Turnerschaft (Arbeiterturnerbund), der im Staatsdienst beschäftigt ist, wurde von seinem Vorgesetzten anheimgestellt, sich beim obigen Verein ab- und beim nationalen Turnverein anzumelden. Infolge seiner Abhängigkeit wird dem Betreffenden nichts anderes übrig bleiben, als dem „Wunsche" von oben Folge zu leisten. Das ist natürlich kein Terrorismus, der wird bekanntlich nur von Arbeitern ausgeübt. Wenn man aber an gewisser Stelle glaubt, durch solche Mittel den Arbeiterturnverein zu schädigen, wird man wohl auf dem Holzwege sein. Die Mitglieder der freien Turnerschaft werden durch eifrige Agitation die erlittenen Verluste doppelt und dreifach wettmachen.

Abgeblitzte Milchverteurer. In Fürth i. B. hatten sich Milchproduzenten und Händler kurz vor den Feiertagen verschworen, eine erhebliche Milchpreiserhöhung eintreten zu lassen, die durch nichts gerechtfertigt war. Das Gewerkschaftskartell nahm die Sache in die Hand, hielt Umschau nach Milchlieferanten, die sich bereit erklärten, die Milch zum alten Preise zu liefern, und bestimmte die Gewerkschaftsbureaus, Bestellungen entgegenzunehmen. Die Geschichte klappte so gut, daß die Milchwucherer nach wenigen Tagen kalt gestellt waren und die meisten zum alten Preise zurückkehrten.

Christlicher Terrorismus. In der Stadt Cham im Bayerischen Wald hat sich im Frühjahr eine christliche Bauarbeiterorganisation gebildet, der meist Sägearbeiter angehören. Im Oktober traten zwei Mitglieder aus und dem Holzarbeiterverband bei, weil sie nach ihrer eigenen Angabe mit dem christlichen Schwindel nicht mehr einverstanden waren. Die beiden Abtrünnigen wurden jedoch von den lieben Brüdern in Christo ständig verfolgt und sogar mit Schlägen bedroht. Die Folge war, daß der Bevollmächtigte von ihnen folgendes Schreiben erhielt: „Wir sind gezwungen, zu den Schwarzen überzutreten. Mehr werden es bei uns doch nicht, und wir zwei haben keine Ruhe mehr. Das Schimpfen wird uns auch zuwider. Im großen und ganzen stehen wir auf eurer Seite." Die braven Christen haben wahrhaftig alle Ursache, fortgesetzt über den „Terrorismus" der freien Gewerkschaften zu zetern.

Falsche Entrüstung. Die „Korresp. des Bundes der Landwirte" hat einen neuen Beweis dafür entdeckt, daß die Sozialdemokratie an ihre eigene Lehre nicht glaubt und noch weniger nach dieser handelt.

„In Bayern", schreibt sie, „wurde bei den letzten Landtagswahlen ein sozialdemokratischer Eisenbahnwerkstättenarbeiter zum Abgeordneten gewählt. Die bayerische Regierung zahlte diesem Arbeiter aus freien Stücken seinen vollen Arbeitslohn weiter für die Zeit, in der er, statt zu arbeiten, sein Abgeordnetenmandat ausübt — (und zwar als Gegner der jetzigen Staatsordnung) —. Damit aber war dieser Arbeiter und seine staatsfeindlichen Genossen noch lange nicht zufrieden. Sie forderten noch eine Entschädigung dafür, daß dieser Abgeordneten-Arbeiter nicht Gelegenheit habe, bei Akkordarbeit über den gewöhnlichen Tagelohn hinausgehenden Mehrverdienst zu erwerben.

Wie paßt zu diesen Forderungen folgende Nachricht aus München:

Die — (von Sozialdemokraten beherrschte) Münchener Ortskrankenkasse verweigerte dem sozialdemokratischen Abg. Auer, der bei ihr angestellt ist, während seiner Abgeordnetenzeit die Fortzahlung des Lohnes."

Wenn die Herausgeber der Korrespondenz nicht so einfältig wären, würden sie wissen, daß der Kassenvorstand dann, wenn er dem Abg. Auer den Lohn weiter zahlen würde, sich einer Gesetzesverletzung schuldig machen würde. Anstatt irgend welcher Selbstsucht oder Knickrigkeit beweist denn auch das Verhalten des Krankenkassenvorstandes lediglich, daß er genau die gesetzlichen Bestimmungen kennt und sich an diese zu halten willens ist.

Wäre übrigens die Weiterzahlung des Lohnes gesetzlich gestattet und der Kassenvorstand hätte in diesem Sinne beschlossen, dann würde die Bündlerkonferenz mit nicht geringerer Entrüstung über die Verschleuderung von Krankenkassengeldern lamentiert haben.

Der 9. Kongreß der belgischen Gewerkschaften, der während der Weihnachtsfeiertage in Molenbeek-Saint-Jean (Vorort von Brüssel) stattfand, war von 213 Delegierten beschickt, wovon 37 von solchen gewerkschaftlichen Gruppen, die der Gewerkschaftskommission noch nicht angeschlossen sind. Der hauptsächlichste Punkt, der zur Beratung stand, war nach einem Bericht des „Vorwärts", die Schaffung eines Reserve- und Widerstandsfonds. Die Diskussion hierüber förderte eine Reihe für den Stand der belgischen Gewerkschaften recht bezeichnende Einzelheiten zutage. So wurde festgestellt und bemängelt, daß die meisten Gewerkschaften sehr geringe Beiträge erhoben und bei Streiks sich dann einfach auf die Solidarität der übrigen Arbeiterschaft verlassen. Es sind dann auch in der Regel dieselben Kreise, die hierfür ihre Gelder aufwenden. Bergmans, der Sekretär der Gewerkschaftskommission, berichtete unter anderem, daß die meisten Streiks der letzten 10 Jahre auf die Arbeiter der Textil- und der Holzindustrie entfallen. Dabei seien gerade diese Arbeiterkategorien am schlechtesten organisiert. Die Holzarbeiter zahlten nur 5 Centimes monatlich in die Zentralkasse ihrer Federation. Huysmans wandte sich gegen die Schaffung eines solchen Fonds; er empfahl die Methoden der deutschen Gewerkschaften. Es müsse angestrebt werden die Unterstützung durch die eigene Kraft der Verbände. Vor allem müsse man Verbände nach Industrien schaffen. Auf jeden Fall lehrte die Diskussion, daß sich die Auffassung immer mehr Bahn bricht, daß die gewerkschaftlichen Kräfte zentralisiert werden müssen. Die Zentralisation auf der Basis der Nationalverbände verbunden mit hohen Beiträgen, das ist das Ziel, auf das die belgischen Gewerkschaften hinstreben. Mit großer Wärme trat Anseele für die Gründung eines Widerstandsfonds ein. Es wurde schließlich der Beschluß gefaßt, ein n Reservefonds zu bilden, zu dem auch die Partei und die Genossenschaften, ferner die Unterstützungs- und die Bildungsvereinigungen Beiträge leisten sollen. Im Prinzip erklärte sich der Kongreß auch für die Schaffung eines besonderen Widerstandsfonds um in Zeiten der Krisis die Angriffe der Unternehmer abwehren zu können. Die Gewerkschaftskommission wurde beauftragt, eine Urabstimmung hierüber in allen Gewerkschaften vornehmen zu lassen. Der Gewerkschaftskommission sind jetzt 64 000 gewerkschaftlich organisierte Arbeiter angeschlossen, es sind das 20 000 mehr als im Vorjahre. Der Kommission stehen auch noch viele gewerkschaftlich Gruppen fern, und zwar namentlich deswegen, um die an die Gewerkschaftskommission abzuführenden Beiträge zu sparen. So sind von den etwa 50 000 organisierten Bergarbeitern der Gewerkschaftskommission etwa 10 000 angeschlossen. Einzelne Ortsgruppen schließen sich an, andere nicht. Der Bericht des Sekretärs und des Kassierers wurde genehmigt. Nachdem noch eine große Anzahl Grenzstreitigkeiten besprochen waren, wurde der Kongreß geschlossen.

Generalstreik der italienischen Buchdrucker? Aus Rom wird gemeldet: Das Zentralkomitee der Buchdrucker hat den Generalausstand der Schriftsetzer für ganz Italien beschlossen. Der Zeitpunkt, wann der Ausstand beginnen soll, steht noch nicht fest.

Der Newyorker Mieterstreik. Der Mieterstreik greift weiter um sich. Im ganzen sind 100 000 Dollars durch die fälligen Vierteljahrsmieten, die in Amerika zu Weihnachten fällig werden, zu zahlen. Die Bewegung wird eifrig geschürt und alle Nationalitäten, außer Japanern und Chinesen, sind bei diesem Streik beteiligt. Auffallend ist die große Zahl von Frauen und Mädchen, die bei dieser Gelegenheit gegen die Hausbesitzer auftreten. Die Polizei versucht vergeblich, Zusammenrottungen zu verhindern. Die Hausbesitzer beabsichtigen, am Donnerstag 10 000 Mieter auf einmal zu exmittieren. Der eigentliche Kampf hatte bereits begonnen, indem die Hausbesitzer in einem Riesenhause, das 1000 Personen beherbergt, das Wasser abgesperrt haben. Dieses Haus liegt im dunkelsten und gefährlichsten Bezirk Newyorks.

Reichsverbändler in sozialdemokratischen Versammlungen. Die Reichsfügenverbandpresse gab kürzlich ihrer Verärgerung darüber Ausdruck, daß in einer Versammlung zu Oppenheim, in der Reichs- und Landtagsabgeordneter Dr. David gesprochen hat, dem Reichsverbändler Rechtsanwalt Dr. Winckler das Wort verweigert sei. Ebenso sei der frühere Reichstagsabgeordnete für Offenbach, Reichsverbändler Dr. Becker, behandelt worden. Diese verständige Behandlung der Reichsverbändler kann den Parteigenossen nur zur Nachahmung empfohlen werden. Die Herren Dr. Becker und Dr. Winckler haben eben wie so manche ihrer Bundesbrüder die sonst dem Gegner in sozialdemokratischen Versammlungen gern gewährte Redefreiheit in provozierender Manier mißbraucht. Dr. Becker machte, um sozialdemokratische Redner überhaupt nicht zum Worte kommen zu lassen, sich z. B. in einer am 1. Januar 1907 abgehaltenen Volksversammlung den Scherz, 5 Stunden in Reichsverbandsmanier zu reden. Als er auf diesen Mißbrauch aufmerksam gemacht wurde, erklärte er dreist, daß er unbegrenzt sprechen werde, da ja „freie Diskussion" gewährt sei und ihm die ganze Nacht zur Verfügung stehe. Ähnlich machte es Dr. Winckler. Jedem Gegner, dem es um sachliche Auseinandersetzungen zu tun ist, hat die Leitung einer sozialdemokratischen Versammlung durchaus entgegenzukommen. Reichsverbändlern aber, die es nur auf Beschimpfung und Provozierung der Versammlung abgesehen haben, zeige man höflich aber energisch, wo der Zimmermann das Loch gelassen hat.

Krähenfelde.

Novelle von Otto Roquette.

(Schluß.)

Als Matthias gestern den Gutshof verlassen, hätte er nicht vermutet, daß er am Morgen mit dem Vetter wieder einfahren würde. Jetzt war es ihm eine Erleichterung, diejenigen entfernt zu wissen, deren Begegnung er sich nicht gewachsen fühlte. Indem er aber sein Wohnzimmer betrat, fiel ihm ein Blumenstrauß auf dem Tische in die Augen, daneben zwei Bücher und ein Brief. Er fand die beiden ersten Bände des alten Paullini. In seiner Hand zuckte es, als er den Fund erkannte, und doch seufzte er mit einem wehmütigen Gefühl. Die Aufschrift des Briefes war von zierlicher Frauenhand. Er riß ihn auf und las folgende Zeilen von Justinen: „Gestern abend hat ein glücklicher Zufall uns die beiden Bücher in die Hände gespielt, auf welche Sie bei Ihrer Ankunft in unserem Hause Wert legten." Nachdem die Schreiberin die Art der Auffindung kurz geschildert, fuhr sie fort: „Möchte Ihnen das Werk ein Erinnerungszeichen sein an eine Zeit, die Sie uns verschönt haben, und für die unser Dank unvergessen sein soll. Lassen Sie uns Freunde bleiben, wie und wohin uns das Leben auch führen mag! Ihnen, unserem werten Hausgenossen, teile ich als dem ersten mit, daß ich meine Hand dem Präsidenten von Heimrod reichen werde. Viel Beruhigung und Freude wäre es mir, könnte ich annehmen, daß Sie auch künftig unser Haus als das Ihrer Freunde betrachten wollten, die es in jedem Sinne gut und herzlich mit Ihnen meinen!" — Ein Zettelchen, von Klara unterschrieben, lag in Justinens Briefe. „Um den merkwürdigen Fund mit etwas mehr Feierlichkeit zu überreichen, sende ich Ihnen diesen Blumenstrauß! Er ist schon recht herbstlich, aber es sind immer noch Blüten und sehen festlicher aus, als die „alten Paullinis", mit welchen die Tante Sie überrascht. Denn es ist eine Braut, die Ihnen diese Zeilen schreibt, und welche an allem, was blüht und in Farben lacht, jetzt mehr Geschmack findet, als an vergrauten Pergamenten. Bleiben Sie mir und meinem Bräutigam Wilhelm Heimrod auch künftig freundlich gesinnt!" Und darunter hatte Wilhelm geschrieben: „Mein Onkel bittet Sie, werter Herr Doktor, heut mit uns sein Gast zu sein. Er hat das Bedürfnis, sich mit Ihnen auszusprechen. Erfüllen Sie seinen Wunsch! Sie werden uns alle erfreuen und von neuem verpflichten."

Matthias ließ sich, innerlich überwältigt, auf den Sessel vor dem Tische nieder, der ihm diese ganze Bescherung brachte. Blumenspenden, Geschenke, Briefe! Kleine Aufmerksamkeiten, durch anmutige Formen erhöht, wie sie im geselligen Verkehr immer als Zeichen freundschaftlicher Gesinnung anzusehen sind, berührten ihn durch die Neuheit des Erlebnisses tiefer, ja, sie bewegten ihn um so mehr, als er aus den Briefen den besonderen Sinn für ihn wohl erkannte. Teilnehmende, liebenswürdige Frauen wünschten, daß einer Enttäuschung, die sie ihm nicht ersparen konnten, des Bittern so viel als möglich genommen würde. Ihm war es eine Genugtuung, daß sie selbst ihm mitteilten, was nun einmal Tatsache werden sollte, mochte er sie immerhin schon ausgespürt haben, und ein reineres Gefühl des Dankes überkam ihn, daß sie eine Wendung gefunden, die so wohltuend zu ihm zu sprechen mußte.

Lange saß er so in seine Empfindungen versenkt, als er ein Buch sah, das aufgeschlagen in der Nähe lag. Es war Goethes Pandora, in welcher er die Tage her geschwelgt hatte, ein Gedicht, in dessen leidenschaftlichen Stimmungen, wie sie Epimetheus ausspricht, er ganz aufgegangen war. Da las er noch einmal die Verse:

„Trostlos zu sein, ist Liebenden der schönste Trost;
Verlor'nem nachzustreben selbst schon mehr Gewinn,
Als neues aufzuhaschen!"

Es durchschauerte ihn. „Nein!" rief es in seinem Innern: „Nein! Das soll nicht mein Trost, nicht mein Gewinn sein! Es wär' ein Aufwand der Schmerzen, wie ihn ein Sterblicher meinesgleichen sich nicht gestatten darf, wenn er nicht in Erschlaffung zu Grunde gehen will! Es muß heut' der Tag meiner inneren Wiedergeburt sein, gleichviel um welchen Preis ich sie mir erringe!" So wußte er seine Fassung wachzurufen, mochte sein Gemüt auch in der Tiefe noch bewegt genug sein. „Aber", so redete er mit sich selbst weiter, „was wird dann? Soll ich werden wie der brave Vetter, der, mit immer getreuem Herzen, seinen Spielereien nachlebt? Wie er unter seinen Holzschnitzereien sitzend, so ich meiner antiquarischen Bücherjucht verfallen und zurückgegeben den einseitig trübseligen Grillen meiner bisherigen Tage? — Er nahm den ersten Band des alten Paullini in die Hand und fühlte, daß das Besitztum ihn heut' nicht mehr durch sich selbst, sondern nur noch durch die Bedeutung, die es für ihn gewonnen, erfreute. Ein Erinnerungszeichen soll es für mich sein! Ein Grenzstein für eine Wendung meines Lebens! Und auch wohl — ein Denkmal für meine Niederlage! — Denn noch nicht war jene tiefe Beschämung von ihm gewichen, in welcher er die bittersten Vorwürfe gegen sich selbst gerichtet hatte. Stolze Naturen, die selten in ihr Inneres blicken lassen, werden hart gegen sich selbst, wenn sie einmal die ganze Fülle ihrer Empfindung verraten, ohne ein Verständnis dafür zu empfangen, und viel sittliche Stärke zeigt es, wenn sie dabei gegen andere gerecht zu bleiben wissen.

Die Gesellschaft in Eichenhorst saß nachmittags in dem schönen Gartensaal, dessen Türen nach der Terrasse geöffnet standen. Draußen spielten Justinens Knaben, kamen öfter hereingesprungen und vervollständigten das Bild einer glücklichen Familie. Aber so oft ein Diener die Tür öffnete, wendete Justine sich erwartungsvoll um, und endlich flüsterte sie ihrer Nichte mit einiger Besorgnis zu: „Sie werden doch hoffentlich kommen?"

Und sie kamen endlich, ein wenig später als man sie erwartet hatte, der Vetter und der Doktor. Alle erhoben sich und schritten ihnen entgegen. Der Vetter sprach so laut und viel, Wilhelm suchte ihn mutwillig zu überschreien, so daß die Gefahr eines verlegenen Auftrittes schon dadurch abgewendet wurde. Matthias konnte den Frauen seinen Dank aussprechen für die Überraschungen, und Glückwünsche wurden ausgetauscht. Der Präsident unterbrach dieselben, indem er einen Spaziergang vorschlug. Er selbst nahm den Doktor an seine Seite, während Justine in einiger Entfernung mit dem Vetter folgte, welcher ihr halblaut einen längeren Bericht zu erstatten schien.

„Mein lieber Herr Doktor", begann Herr von Heimrod, „ich fühle mich in einer gewissen Schuld gegen Sie und heiße den Augenblick willkommen, Ihnen das zu bekennen und, wenn möglich, gut zu machen, was man Ihnen unter meinem Namen angetan hat." Er brachte die Rede auf die Veranlassung, durch welche Matthias seine Lehrerstellung verloren hatte, und dieser erfuhr jetzt erst, daß

Kleinlich. Genosse Liebknecht, der augenblicklich in Glatz seine Festungshaft erledigt, braucht einen Vertreter für seine Rechtsanwaltschaft. Um ihn zu bekommen, bedarf es nach § 25 der Rechtsanwaltsordnung, wenn der Vertreter nicht an denselben Gerichten bevollmächtigt ist, der Genehmigung durch den Justizminister. Diese wird sonst auch anstandslos erteilt. Das Ersuchen Liebknechts wurde aber abschlägig beschieden. Die Maßregel hat allerdings keine große Bedeutung, denn Liebknecht wird sich jetzt einfach durch seinen Bruder vertreten lassen; aber für den engherzigen Geist, der in unserer Justizverwaltung herrscht, ist dieser kleinliche Racheakt so recht bezeichnend und steht auf einer Höhe mit dem andern Streiche der preußischen Bureaukratie, die der freireligiösen Gemeinde in Breslau die Annahme eines Legats von 10 000 Mark verbot.

Sozialdemokraten in der Rechtsprechung. Aus Straßburg wird der „Mülhauser Volkszeitung“ geschrieben: „Im wohltuenden und löblichen Gegensatz zu anderen deutschen Vaterländern, im wohltuenden Gegensatz auch zur eigenen und nicht sehr rühmlichen Vergangenheit hat die Justizverwaltung in Elsaß-Lothringen nunmehr begonnen, auch Sozialdemokraten in die Strafrechtspflege zu nehmen. Konnten wir vor einigen Wochen mitteilen, daß Genosse Böhle, der im Reichstag den Wahlkreis Straßburg-Stadt vertritt, als Geschworener berufen worden ist, so können wir jetzt vermelden, daß der Vorsitzende des Landesvorstandes der sozialdemokratischen Partei Elsaß-Lothringens, Genosse Peirotes, Redakteur an unserem Straßburger Parteiblatt („Freie Presse“) für das kommende Geschäftsjahr als Schöffe berufen worden ist. Daß man gerade zwei Genossen herangezogen hat, die in der reichsländischen Partei eine führende Stellung einnehmen, beweist allerdings, daß die grundsätzliche Ausschließung von Sozialdemokraten in Elsaß-Lothringen abgelehnt wird. Immerhin bleibt abzuwarten, ob auf diesem Weg fortgeschritten wird und ob nicht praktisch die Berufung der beiden Genossen nur ein Beruhigungsmittel darstellt. So sehr erfreulich es auch ist, daß die Befähigung der Sozialdemokraten zum Amt eines Richters aus dem Volk anerkannt ist, so wenig erfreulich wäre es, wenn dieser Anerkennung nicht die goldene Praxis in weitem Umfang folgte.“ Die „Volkszeitung“ bemerkt dazu, daß in Mülhausen allerdings schon vor einem Jahre ein bekannter Parteigenosse, nämlich das Gemeinderatsmitglied Josef Gieß, Gauleiter des Textilarbeiterverbandes, als Schöffe berufen wurde. Und in Gebweiler geschah letzte Woche dasselbe mit dem Genossen Josef Bucher, Milchhändler, Mitglied des Gemeinderats und des Bezirkstages. Natürlich verhindern solche Ausnahmefälle keineswegs Klassen- und Tendenzurteile gegen unsere Partei.

Der Staat hat auch für die Arbeiter zu sorgen. Der anarchistische „Freie Arbeiter“ bringt in seiner letzten Nummer einen Artikel über die herrschende Krise. Darin heißt es am Ende:

„Auf dem Wege zum Ziel dürfen wir nicht vergessen, die Gegenwart zu nützen. Darum soll die Arbeiterschaft in Zeiten wie die jetzige, gewaltige Vermögen erschaffen lassen und sich fest zusammenschließen. Der Staat, der den Kapitalisten zu Hilfe eilt, hat auch die Pflicht, sich der Arbeiter anzunehmen. Wir können ihn zwingen durch kräftige gewerkschaftliche Organisationen. Die Organisation soll uns jedoch nicht nur in schlechten Zeiten [illegible], sondern viel mehr noch während der Prosperität. Wenn der Krach da ist, läßt sich in der Regel wenig mehr tun. Wir müssen der Gefahr vorbeugen, so gut das möglich ist, noch ehe sie sich ankündigt.“

Genau dasselbe wird den Arbeitern von sozialdemokratischer Seite gesagt, wunderbar ist es aber, derartiges in einem anarchistischen Blatte zu lesen. Zwar können doch nur [illegible] große gewerkschaftliche Verbände sein. Solche Verbände brauchen aber für ordnungsmäßige Erledigung ihrer Geschäfte Beamte und die Anarchisten haben sich bisher immer ganz besonders darin gefallen, auf die Zentralverbände und deren Beamten einzuhauen. Der Staat soll sich ferner der Arbeiter annehmen. Dazu ist es doch vor allen Dingen notwendig, daß die Arbeiter sich um die Einrichtungen des Staates kümmern, daß sie sich einen Weg zu der Gesetzgebung und Verwaltung des Staates zu führen machen. Dieser Anarchist muß sich also zum Parlamentarismus bekennen, will er konsequent sein.

Jaurès und die Seinen. In [illegible] Blättern lesen wir: Eine harte Prüfung für Jaurès bildet [illegible] Kirche. [illegible] vom Parlamente und von Paris fernhält. Er hatte gehofft, im friedlichen Zusammensein mit den Seinen in seinem Landgute in Bessoulet (Departement Tarn) den Entschluß seiner jungen Tochter, den Schleier zu nehmen, zum Wanken bringen zu können. Wie der „Gil Blas“ versichert, ist diese Erwartung aber zu nichte geworden und der Eintritt von Fräulein Jaurès in ein Kloster stände unmittelbar bevor. Der charakterfeste Mann dürfte wohl auch diesen Schlag zu überwinden wissen und den Klerikalen nicht die Freude bereiten, sich von ihm niederdrücken und dem öffentlichen Leben abwendig machen zu lassen.

Eine Neujahrsbotschaft. Unsere wissenschaftliche Wochenschrift „Die Neue Zeit“ kündigt an, daß sie mit dem neuen Jahre eine Erweiterung erfährt. Die sehr zu begrüßende Neuerung besteht darin, daß in jedem Vierteljahr ein Ergänzungsheft und in jedem Monat eine Feuilletonbeilage erscheint. Die Herausgeber der „Neuen Zeit“ bemerken dazu: „Die Ergänzungshefte werden größere wissenschaftliche Abhandlungen enthalten, die bisher nur in einer Reihe von Fortsetzungen gebracht werden konnten. Der leidige, aber vom beschränkten Raum einer Wochenschrift untrennbare Zwang, in Bruchstücke zu trennen, was doch in logischem Zusammenhang gedacht und geschrieben worden ist, fällt damit fort. Zu diesen Ergänzungsheften sind teils in unseren Händen, teils uns zugesagt:

E. Eckstein, Entwicklung des japanischen Familienrechts.
K. Kautsky, Nationalität und Internationalität.
R. Luxemburg, Rückblick auf den bisherigen Gang der russischen Revolution.
F. Mehring, Geschichte der Kriegskunst.
G. Plechanoff, Über das französische Drama des achtzehnten Jahrhunderts u. a. m.

Die Feuilletonbeilage unter der Redaktion von Franz Mehring wird sich bemühen, ein Organ der Bildungsbestrebungen zu werden, die sich im Schoße der Partei mit erfreulicher Frische und Kraft regen. Sie wird die künstlerischen, literarischen und naturwissenschaftlichen Fragen behandeln, die auf diesem Gebiete zu lösen sind, und zugleich den Wünschen derjenigen Leser entgegenzukommen suchen, die nach einer abwechselungsreicheren und leichteren Darstellung verlangen, als sich mit der eindringenden Untersuchung sozialistischer Probleme immer vereinigen läßt.

Die „Neue Zeit“ selbst wird sich, entlastet durch diese regelmäßig erscheinenden Beilagen, den Aufgaben, die ihr der gewerkschaftliche und politische Emanzipationskampf stellt, in desto mannigfaltigerer und vielseitigerer Weise widmen, besonders in regelmäßigen Zwischenräumen eine Wirtschaftliche Rundschau und eine Revue der sozialistischen Revuen veröffentlichen, die das Gedankenleben des internationalen Sozialismus wiederspiegeln soll. Außerdem wird sie dessen literarischen Neuerscheinungen in einer Bibliographie des Sozialismus verzeichnen.“

Wir sind überzeugt, daß diese Erweiterung des Inhalts unserer wissenschaftlichen Wochenschrift in Parteikreisen lebhafte Genugtuung erwecken und der „Neuen Zeit“ manch neuen Leser gewinnen wird.

Der Moltke-Harden-Prozeß.

Die Verhandlung abermals vertagt.

Zu der auf gestern angesetzten Schlußverhandlung war der Angeklagte nicht erschienen. Nach dem Gutachten des Hausarztes ist wiederum eine Verschlimmerung seines Zustandes eingetreten, so daß er schon beim bloßen Aufstehen(?) Ohnmachtsanfälle erleide. Falls Harden das Bett hüte, sei es nicht unmöglich, daß er sich im Laufe des Tages so weit erhole, daß er Freitag erscheinen könne.

Sodann gab Oberstaatsanwalt Dr. Isenbiel eine Erklärung ab, in der er ausführte, Justizrat Bernstein hat neulich es nicht für gut befunden, dem Fürsten Eulenburg Gelegenheit(?) zu bieten und Genugtuung zu gewähren. Eulenburg habe seinerzeit einen Strafantrag gegen Harden wegen Beleidigung mit Rücksicht auf die Artikel in der „Zukunft“ deswegen nicht gestellt, weil er sich sagte, auf diesem Wege könne er sich keine Genugtuung verschaffen, insbesondere nicht nachweisen, daß er von jeder sexuellen Verfehlung völlig frei sei. In einem Beleidigungsverfahren gegen Harden würde nur erwiesen werden, daß die Tatsache, Fürst Eulenburg habe sich sexuelle Verfehlungen zu Schulden kommen lassen, nicht erweislich wahr sei. Dem Fürsten liege jedoch daran, daß diese Tatsachen als völlig unwahr erwiesen werden. Eulenburg habe deshalb gegen sich selbst Strafantrag gestellt. Die Staatsanwaltschaft in Prenzlau habe das Verfahren eingestellt, nachdem Harden, der als Zeuge vernommen war, nicht das mindeste gegen Eulenburg bekundet habe, sondern sich darauf beschränkte, sein Zeugnis zu verweigern unter dem Hinweis darauf, daß er sich sonst wegen Beleidigung verfolgt werden könne. Trotzdem wurde dabei geblieben, daß Eulenburg sich derartige Verfehlungen habe zu schulden kommen lassen. Wenn er das getan, einem klaren und einwandsfreien Zeugnis gegenüber, so würde er sich des Meineides schuldig gemacht haben. Eulenburg bittet deshalb dringend jeden Menschen, der noch einen Funken Gerechtigkeitsgefühl verspüre, ihn zu denunzieren wegen Verletzung der Eidespflicht, sofern der Betreffende irgend einen Zeugen dafür beibringen könnte, daß der Fürst gegen den § 175 gefehlt habe.

Als der Staatsanwalt auf die Angelegenheit des Freiherrn von Berger überging, unterbrach ihn der Vorsitzende mit der Frage: Gehört das noch zur Sache, Herr Oberstaatsanwalt? Bisher habe ich angenommen, daß Sie nur eine Erklärung des Fürsten Eulenburg vortragen würden. Ich bitte, nur diese Erklärung abzugeben und nicht auf die Sache einzugehen. Dies würde sonst schließlich einen Revisionsgrund geben.

Der Oberstaatsanwalt erwiderte, das alles sei eine Erklärung des Fürsten Eulenburg.

Vorsitzender: Herr Harden würde aber sagen können: Darauf würde ich erwidern, wozu ich jetzt nicht in der Lage bin. Genügt es nicht, was Sie bisher gesagt haben? Oberstaatsanwalt: Noch nicht ganz. Vorsitzender: Dann bitte ich, das andere lieber zu sagen, wenn der Angeklagte dabei sein wird. Oberstaatsanwalt: Wir verhandeln ja jetzt gar nicht, weil der Angeklagte nicht hier ist. Was ich sagte, war eine Erklärung außerhalb der Verhandlung. Vorsitzender: Ich habe doch Bedenken. Ich möchte doch keine Gründe zur Revision schaffen.

Oberstaatsanwalt: Ich muß mich fügen, füge mich aber blutenden Herzens und muß mir vorbehalten, sobald Harden da ist, alles zu wiederholen! Herr Harden pflegt gegen kranke Leute sehr mitleidslos zu sein. Als damals Fürst Eulenburg wegen schwerer Erkrankung nicht hier erscheinen konnte ohne Gefährdung seines Lebens, da wurde Harden gefragt, ob es ihm gleichgültig wäre, daß, wenn der Fürst gezwungen werde, hier zu erscheinen, dieser plötzlich tot zusammenbräche. Er beantwortete diese Frage mit einem kalten Ja. Ich glaube, einem solchen Manne gegenüber darf man auch bei einer Erkrankung ziemlich scharf sein. Das Ausbleiben Hardens könnte ja den Erfolg haben, die ganze Verhandlung zu nichte zu machen. Wir müssen alles versuchen, heute wieder zu verhandeln. Ich beantrage deshalb, den Medizinalrat Hoffmann und Geheimrat Zwingenberg sofort zu Harden zu entsenden und festzustellen, ob eine Verhandlung in der Wohnung Hardens heute noch möglich ist. Wenn die Sachverständigen die Möglichkeit bejahen, beantrage ich, daß sich der gesamte Gerichtshof noch heute nach der Wohnung Hardens begibt und unter möglichster Aufrechterhaltung der Öffentlichkeit die Verhandlung zu Ende führt. Sollten die Ärzte zu dem Ergebnis kommen, daß heute eine Verhandlung nicht möglich ist, so bitte ich weiter zu prüfen, ob die Verhandlung morgen hier stattfinden kann.

Justizrat Bernstein: Ich teile die Ansicht des Vorsitzenden, daß die Erklärungen im gegenwärtigen Augenblick prozessual bedenklich sind und begnüge mich deshalb in bezug auf den Fürsten Eulenburg zu erwidern: Für mich ist Fürst Eulenburg ein Zeuge wie jeder andere. Er hat etwas gesagt. Ein Teil seiner Aussage mußte von der Verteidigung bezweifelt werden und die Verteidigung mußte Gegenbeweise anbieten, in der Erwartung, ob der Gerichtshof sie würdigen oder davon absehen werde. Alles weitere kann die Verteidigung nicht kümmern. Was die angebliche Äußerung Hardens betrifft, es sei ihm gleichgültig, ob jemand tot zusammenbricht, so weiß ich von einer solchen Äußerung nichts und überlasse es Herrn Harden, sich hierzu zu erklären. Ich muß aber bitten, zu Protokoll zu nehmen, daß der Oberstaatsanwalt das Wort ergriffen und diese seine Ausführungen gemacht hat.

Vorsitzender: Ich habe den Oberstaatsanwalt sofort unterbrochen, als er etwas sagte, was meiner Meinung nach nicht zur Sache gehörte. Der Oberstaatsanwalt hat sofort erklärt, daß er nicht zur Sache rede, sondern durch seinen Mund eine Erklärung des Fürsten Eulenburg abgegeben habe, die nicht zur Sache gehörte. Als der Oberstaatsanwalt anfing zur Sache zu reden, habe ich ihn sofort unterbrochen und der Oberstaatsanwalt hat sofort geschwiegen.

Justizrat Bernstein: Ich bestätige, was der Vorsitzende soeben gesagt hat, bitte aber trotzdem zu protokollieren, daß der Oberstaatsanwalt im Namen des Fürsten Eulenburg eine Erklärung abgegeben hat.

Oberstaatsanwalt: Dann bitte ich aber auch zu Protokoll zu nehmen, daß ich sofort geschwiegen habe, als darauf hingewiesen wurde, daß meine Worte nicht zur Sache gehörten.

Nach längeren Erörterungen zwischen dem Oberstaatsanwalt und dem Vorsitzenden, sowie den Rechtsanwälten über die prozessuale Zulässigkeit der Fortsetzung der Verhandlung in Hardens Wohnung zog sich der Gerichtshof zur Beratung zurück. Der Vorsitzende verkündete: Der Ge-

---

er dem [illegible] Antwort gaben(?), zu dem [illegible], seinen persönlichen Einfluß zum Opfer gebracht zu sein(?). „Haben Sie damals nur nicht so schnell Ihr eigenes Vaterland verlassen, um Sie uns zu [illegible]“ fuhr der Präsident fort. „Darüber sind nun schon Jahre hingegangen. Verlangen Sie [illegible] zurückgenommen! Es ist der Wunsch(?) [illegible], Ihnen eine Genugtuung zu geben. Sie sind [illegible] und [illegible], wenn [illegible] zu [illegible] ... [illegible] zu [illegible]? Die erste Stelle an unserem [illegible] ist [illegible], würden Sie [illegible] annehmen? Sie ist [illegible] und [illegible]. Wenn ich Sie dazu vorschlage, wird es an der Genehmigung des [illegible] nicht fehlen.“

Matthias konnte vor Überraschung kaum einige Worte finden. „Das ist zu viel, so über alle Erwartung [illegible] —“ begann er.

„Danken Sie mir nur nicht zu früh!“ unterbrach ihn Herr von [illegible]. „Ich biete Ihnen die Stelle vorläufig an, sage ich. Denn Sie müssen doch selbst erst zusehen, ob sie Ihnen behagt, und ob Sie glauben, sich darin zurecht zu finden. Im anderen Falle müssen wir dann auf etwas für Sie Zweckmäßigeres denken. Inzwischen möchte es Ihnen angenehm sein, an demselben Orte, wo man Sie einst zum [illegible] Zögling entlassen hat, jetzt in einer [illegible] wiederaufzunehmen(?), und auch ich möchte auf diesen Wechsel einigen Wert legen.“

Matthias fand keine Ursache, ein Anerbieten abzulehnen, das ihm eine bestimmte Tätigkeit und so viel — so viel in Aussicht stellte, daß ihn bereits ein Gefühl der Erlösung durchströmte.

„Es freut mich von ganzem Herzen, daß Sie darauf eingehen!“ rief [illegible], indem er ihm die Hand schüttelte. „Nun aber nehmen Sie meinen Rat an,“ fuhr er fort, „Reisen Sie noch heute, und zwar von hier aus ab, wie Sie da gehen und stehen! Der Abendzug bringt Sie in ein paar Stunden an den Ort Ihrer Bestimmung. Das Notwendige kann Ihnen nachgeschickt werden. Die Briefe, mit welchen Sie sich vorzustellen haben, sollen sogleich von mir geschrieben werden, und man wird Sie gut empfangen, verlassen Sie sich darauf! Ich komme in einiger Zeit nach. Halten Sie sich in allen Stücken an mich, und — betrachten Sie mich immer als ein [illegible]! Jetzt überlasse ich Sie den Damen, um die Briefe für Sie zu schreiben.“

Der Präsident schritt auf das Haus zu, während Matthias ihnen [illegible], wie unter dem Eindruck eines Wunders, das sich vor ihm begeben hatte. Da kam ein munteres Paar herangeflogen. „Nun? darf man gratulieren, Herr Rechtsrat?“ fragte Wilhelm. „Sie haben doch Ja gesagt?“ „Nicht wahr?“ rief Klara. Matthias bestätigte es. „Wunderbar! [illegible], Justine und Herr Vetter!“ fuhr sie händeklatschend fort. „Aus dem Doktor ist ein Rechtsrat geworden!“

„Rechtsrat ist er geworden?“ fragte der Vetter befremdet.

„Nun, Herr Vetter! Rechtsrat!“ lachte Wilhelm. „Architekten, Advokaten, oder wie man ihn sonst den Titel künftighin nennt? Er kann es sogar bis zum Geheimen bringen!“

Justine aber reichte ihm die Hand mit den Worten: „Sie werden wir auch künftig an demselben Orte freundschaftlich verbunden bleiben!“

Matthias empfand den Anteil, den man für ihn nahm, sehr wohltuend, und dies erleichterte ihm die Fassung, sich menschlich den Ausdruck innerer Bewegung zu geben. Glücklich erkannte er in dem Rat des Präsidenten, in einigen Stunden abzureisen, die beste Wendung für seine augenblickliche Lage. Denn vereinsamt fühlte er sich dennoch in diesem Kreise, er gehörte noch nicht dahin, wo die Glücklichen sich unbedingt glücklich zeigen. Wenn er heute von ihnen schied, so war es nicht auf der Flucht, sondern mit einem Abschied von freundlichen Gesichtern und einem „Auf Wiedersehen!“ Mit einem ehrenvollen Abschied in eine neue Lebensepoche.

Abends begleitete ihn der Vetter nach der Eisenbahn. „Sie werden so oft gerne an die Zeit der [illegible],“ sagte er. „Ich auch, Freundchen, ich auch! Sie verdienen viel Dank. Sie haben mich in Schutz genommen. Jetzt werde ich — nein, unter meinen Zeug brauche ich Sie nicht mehr zu nehmen: Aber Ihren Koffer werde ich packen, noch heute. Der alte Paulinn soll nicht wieder übersehen werden! Er sei gesegnet, denn durch ihn sind Sie zu uns gelangt! Nun behüt' Sie Gott!“

Der Zug setzte sich in Bewegung und Matthias rief dem Freunde den Abschiedsgruß zu. Aber der Vetter trabte noch ein Stück neben dem Zuge her. „Ich komme bald einmal auf Besuch!“ rief er. „Es ist eine Handlung in der Stadt, wo es sehr gute Holzarten gibt. Wollen Sie einen Briefbeschwerer? Ein Lineal? Federhalter? Bilderrahmen? Tirolerhäuschen?“ Matthias konnte nur noch nicken und mit der Hand winken.

Welchen Wechsel bewegter Stimmungen hatte der jetzt durch die Nacht Dahinfahrende in den letzten vierundzwanzig Stunden durchlebt! Gestern abend noch ein trostlos Verzweifelnder, heute gefaßt und mutig, sein Inneres beherrschend, ja, mit helleren Augen, als jemals, dem Leben entgegenblickend. Eine einzige Leidenschaft, wenn sie mit ganzer Macht und im Innersten des Gemüts aufstört und durchrüttelt, wiegt Jahre von Erfahrungen anderer Art auf, und gereifter geht der Mensch im Wollen und zum Handeln aus ihr hervor. Matthias fühlte das schon in dieser Stunde. „Nicht mehr wie bisher an das Einzelne, und durch persönliche Neigung Bedeutende will ich mein Herz hängen, sondern im Großen die Dinge betrachten und danach wirken und handeln. Ich habe in dem Wahn, einer von Belang zu sein, nur für mich gelebt: ich will für größere Zwecke und Gedanken fortan mein Leben einsetzen. Ich habe Enttäuschung kennen gelernt, ich weiß, daß mir die Enttäuschung zum Gewinn geworden. Besitzen und Entbehren waren mir nichts Fremdes, aber die Zuversicht in die sittliche Kraft und das Vertrauen zu guten Menschen sind ein Ersatz und ein unvergängliches Geschenk für alle Zeit. Was mir das Dasein noch gutes und schönes bringen mag, ich werde es gereift empfangen und willkommen heißen!“ Mit solchen Gesinnungen soll er auf seine fernere Lebensreise entlassen sein.

---

richtsarzt Medizinalrat Hoffmann soll sich zum Angeklagten hinausbegeben, diesen untersuchen und über seine Termins- und Verhandlungsfähigkeit sich gutachtlich äußern. Ich möchte dabei bitten, zu erwägen, daß es darauf ankommt, ob der Angeklagte sich in einem solchen Zustande der Geistesfreiheit befindet, daß in gültiger Weise strafrechtlich mit ihm verhandelt werden kann. Wenn er heute in Ruhe gelassen würde und dann morgen verhandlungsfähig wäre, dann wäre dies wohl das beste, aber es ist auch festzustellen, ob auch heute eventuell in seiner Wohnung verhandelt werden könnte.

Auf Wunsch des Medizinalrats Hoffmann, welcher allein die Verantwortung nicht übernehmen wollte, beschloß der Gerichtshof, noch den Geheimen Medizinalrat Eulenburg mit der Untersuchung zu betrauen.

Die Verhandlung wurde bis 1 Uhr vertagt. Nach Wiederaufnahme der Sitzung erklärte Eulenburg: Wir fanden Harden im Bett liegend im Zustande nervöser Erschlaffung, der für uns nach bester Überzeugung die Verhandlungsfähigkeit ausschließt. Irgend eine Veränderung der örtlichen Natur in dem früheren Befinden konnten wir nicht feststellen. Die rechtsseitige Brustfellentzündung besteht weiter und Fiebererscheinungen sind nicht aufgetreten. Wir sind daher der festen Überzeugung, daß Harden morgen wieder verhandlungsfähig sein wird, möchten aber den Antrag stellen, zur größeren Sicherheit des Angeklagten ihm die Morgenstunden noch etwas mehr zu seiner Ruhe und Erholung auszunutzen Gelegenheit zu geben und daß deshalb die Verhandlung morgen erst um 11 Uhr begonnen wird.

Oberstaatsanwalt: Herr Harden hat selbst in Aussicht gestellt, daß er morgen kommen wolle? Geheimrat Eulenburg: Jawohl, in feste Aussicht. Die Verhandlung wurde bis Freitag 11 Uhr vormittags vertagt.

Zu Tode gepeinigt.

Ein Sensationsroman des Reichslügenverbandes.

Die bürgerliche Presse und mit ihr die sich „unparteiisch" nennenden Blätter füttern bekanntlich fast regelmäßig bei jedem Streik ihre Leser mit erbaulichen Geschichten, worin der Verworfenheit streikender Arbeiter die leuchtende Tugend der Arbeitswilligen gegenübergestellt wird. Just wie in den Schund- und Kolportageromanen die engelreine Unschuld von teuflisch bösen Menschen verfolgt, ja in den Tod getrieben wird, so haben in jenen Schauergeschichten die braven Streikbrecher grausamste Verfolgung zu erdulden, sterben als Helden auf dem Schlachtfelde ihrer wahren Arbeiterehre, während sich die herz- und gewissenlosen Verfolger und Mörder der irdischen Gerechtigkeit zu entziehen wissen.

Der Reichslügenverband ist ein Hauptlieferant und Kolporteur dieser neuen Schundliteratur. Wenn sich früher die Verfasser von Schauerromanen die Finger wund schreiben mußten, um ihre 100 Lieferungen voll zu machen und trotz des schönen Regulators, der den Abonnenten als Prämie versprochen wurde, noch einen erträglichen „Ehrenlohn" zu verdienen, so können sie jetzt im Dienste des Reichsverbandes leichter zu Geld kommen. Sie müssen nur hübsch Obacht geben, ob bei irgend einem Streik nicht irgend etwas passiert, was sich mit der nötigen Phantasie zu einem kleinen Schauerroman verdichten oder breittreten läßt. Selbstmorde sind ja etwas Alltägliches, kommen sie aber in einem Berufe vor, wo gerade gestreikt wird, so ist es klar, daß, sei nun der Selbstmörder ein Streikender oder ein Arbeitswilliger, die Sozialdemokraten es waren, die ihn in den Tod gehetzt haben. Blut muß natürlich fließen in diesen Geschichten, am liebsten in Strömen, das ergötzt die Leser. Und die Redakteure der „anständigen" Presse, die im übrigen vielleicht einen Verein zur Bekämpfung der Schundliteratur unterstützen, greifen jene Schauergeschichten mit Behagen auf.

„Zu Tode gepeinigt", ist ein altbewährter Romantitel. Manches arme Dienstmädchen ist schon darauf hineingefallen und hat wöchentlich ihren Groschen geopfert, um spannenden Lesestoff und schließlich noch obendrein einen nicht minder wertvollen Gegenstand als Prämie zu erwerben. Warum sollte der Reichsverband es nicht auch mit jenem Titel versuchen?

Kalt überläuft es die Leser! „Zu Tode gepeinigt" wurde der 45 Jahre alte Schuhmachergeselle Albert Joschus, der sich am 9. Dezember im Park von Sanssouci erschossen hat. Die Schuhmachergesellen von Potsdam streikten. Joschus kam zugewandert und arbeitete, ließ sich nicht abbringen vom Pfade der Tugend. Selbstverständlich waren es die Streikenden, die ihn in den Tod getrieben. Auch der Reichsverband gegen die Sozialdemokratie hatte dafür noch ein besonderes Beweismittel. Er behauptete in seiner Korrespondenz, Joschus habe sich auf einer Abschiedspostkarte an seinen Arbeitgeber als Opfer des Streiks bezeichnet und geschrieben, er sei von seinen Berufskollegen in den Tod getrieben. Die Karte schloß so hieß es, mit den schönen Worten: „Ich sterbe als Held, hoch leben die Preußen!"

Erst brachte die Potsdamer Presse — mit Ausnahme der „Potsdamer Tageszeitung", die über die Ursachen des Selbstmords nichts zu berichten wußte — die Geschichte in dieser Gestalt, dann wanderte sie im Aufputz des Reichsverbandes nach Berlin und durch Deutschland.

Wir wandten uns dieserhalb an den Schuhmachermeister Voigt in Potsdam, bei dem Joschus gearbeitet hatte. „Es ist alles Quatsch, was die Blätter über die Karte geschrieben haben", erwiderte er. — „Ja, was stand denn eigentlich auf der Karte?" — „Da stand drauf ungefähr: „Ich bin durch den Zimmermeister D — — und den Justizrat" — des Namens erinnere ich mich nicht — „in Jastrow gefallen." Wir fragten weiter, ob denn Joschus gar nichts davon geschrieben hätte, daß ihn die Streikenden arg belästigt und so in den Tod getrieben. „Nein", antwortete Herr Voigt, „nichts dergleichen, auch nichts von „Ich sterbe als Held" oder „Hoch die Preußen." Man hätte sich nur gleich an mich wenden sollen, dann wäre der ganze Quatsch nicht geschrieben worden."

Die Karte selbst hatte Herr Voigt leider nicht mehr in Händen. Die Polizei hatte sie abgeholt. Ein Wachtmeister war zum zweiten Mal gekommen, damit ihm Herr Voigt bei der Entzifferung der sehr undeutlichen Schriftzüge behilflich sei. — Sollte diese Karte zu irgend welcher Untersuchung Veranlassung geben, so wird man wohl den vermeintlichen Übeltäter wo anders als unter am Streik beteiligt gewesenen Schuhmachergesellen suchen müssen, vielleicht unter Leuten, die dem Reichsverbande nahestehen. Aber wir haben natürlich keine Ursache, die Postkarte eines in höchster seelischer Depression denkenden und handelnden Menschen gegen irgend jemand zu Verdächtigungen auszunutzen.

Wir wandten uns ferner an den Ortsvorsitzenden des Schuhmacherverbandes, Genossen Rosenberg. Er teilte uns mit, daß Joschus während des Streiks zugewandert und arg betrunken ins Streikbureau kam, und daß er dort sagte, er wolle ins Krankenhaus und, wenn er keine Aufnahme finde, müsse er arbeiten. Die Streikleitung schickte ihn dann, um ihn auf gütlichem Wege los zu werden, zu einem Schuhmachermeister, der zeitweise an Säuferwahnsinn leidet. Man sagte scherzhaft zu ihm, er müsse bei dem Meister aber täglich zwei Liter Schnaps trinken. Dort wurde er aber hinausgewiesen. Die Streikenden hielten ihn nicht für geistig normal und befolgten auch ihm gegenüber, als er dann bei Voigt arbeitete, streng die Anweisung der Streikleitung, die Streikbrecher nicht zu belästigen.

Herr Voigt hat allerdings auch erklärt, daß Joschus bei der Arbeit fleißig und nüchtern war, aber „toll auf die Weiber" gewesen sei. Beide Beobachtungen brauchen einander nicht zu widersprechen, da sie zu verschiedenen Zeiten und an verschiedenen Orten gemacht sind. Wer weiß heute, was den Mann bedrückte?

Nur so viel kann unter allen Umständen konstatiert werden, daß der Verstorbene selbst die Streikenden in keiner Weise beschuldigt hat. Ursache an seinem Tode zu sein. Diese Beschuldigung ist von dem Autor des Selbstmordromans den wirklichen Tatsachen frech hinzugelogen worden. Und mit schmatzendem Behagen verbreiteten die „Post" und ähnliches Gelichter die Lüge weiter. Nicht einmal der Vorwand entschuldigt sie, die Feststellung des wirklichen Tatbestandes habe unüberwindliche Schwierigkeiten gemacht. Die Auskunft, die wir bereitwilligst erhielten, wäre natürlich jeder anderen Redaktion geworden. Aber freilich, was sollen die Gegner der Arbeiterbewegung mühselig die Wahrheit suchen, wenn die bequeme Lüge ihren Zwecken nützlicher erscheint!

Aus dem Gerichtssaal.

Ein Anarchist auf dem Pfade der Reichslügenverbändler. Das Schöffengericht in Ludwigshafen verurteilte am Sonnabend den Redakteur der anarchistischen Zeitung „Erkenntnis", Otto Stegmann in Mannheim, zu 5 Tagen Gefängnis. In Nr. 19 der genannten Zeitung hatte er behauptet, der Bevollmächtigte des Fabrikarbeiterverbandes, Wirt J. Stich von Ludwigshafen, habe sich während des Anilinstreiks im Frühjahr einen Schinken durch die Streikkasse bezahlen lassen, den er als gestohlen angab, aber selber verzehrt habe. Ferner bezeichnete er ihn als ein Lästermaul. Das durchaus unwahre Gerücht fand unter den Arbeitern Verbreitung und Stich wurde deshalb nicht allein moralisch, sondern auch wirtschaftlich schwer geschädigt.

Wegen „blutrünstiger Reden" verurteilt. Die Wiesbadener Strafkammer verurteilte den Anarchisten Aldin Roth zu vier Monaten Gefängnis, weil er in einer Anarchistenversammlung in Höchst am 27. Oktober in „blutrünstigen Reden" die Gesellschaftsklassen gegeneinander aufgereizt haben soll.

Der Reinfall eines Patrioten. Der Oberbürgermeister von Bochum hatte Geburtstag. Darob große Freude bei allen Byzantinern und obligates Ständchen der Sängervereinigung. Nun war ein ehrsamer Buchbindermeister Vorstand eines Gesangvereins „Kaiser Friedrich", den die hohe Ehre des Konkurrenzvereins nicht schlafen ließ. Er setzte sich hin und telegraphierte den anzusingenden Oberbürgermeister an, er möge das Ständchen ablehnen, die Mitglieder der Sängervereinigung seien zum Teil nicht stubenrein, ihre politische Gesinnung sei nicht einwandfrei." Das Telegramm unterzeichnete der tapfere Herr mit fingiertem Namen. In seinem bittersten Schmerze und größten Zorn durfte die Konkurrenz ihrem Stadtoberhaupte aber das Ständchen bringen und dem Fälscher des Telegramms wurde sein Überpatriotismus und Ordnungsfanatismus mit 2 Tagen Gefängnis ge—lohnt. Undankbare Welt! dachte er und lief ans Reichsgericht. Das aber zeigte für seine Bürgertreue wenig Verständnis und ließ es bei den 2 Tagen Wasser und Brot bewenden.

Wegen Verführung seines noch nicht 16 Jahre alten Dienstmädchens ist am 1. Oktober vom Landgerichte Frankfurt a. O. der Gutsbesitzer Emil Strehlow zu Gefängnis verurteilt worden. Seine Revision wurde vom Reichsgericht als unbegründet verworfen.

Genossenschaftsbewegung.

Christliche Arbeitervereine gegen die Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine. Auf ihrem 13. Delegiertentag in Reutz nahmen nach der „Sozialen Praxis" die katholischen Arbeitervereine folgende Resolution an:

Der Delegiertentag protestiert gegen die Art der Heranziehung der Konsumvereine zur Einkommensteuer, wie es bei der letzten Novelle zum Einkommensteuergesetz geschehen ist, als sozial ungerechte Maßnahme. 1. Weil von allen Genossenschaften nur die Konsumgenossenschaften zur Steuer herangezogen werden, obgleich die Wirkung und Tendenz der Konsumvereine keine andere ist als die der anderen, der landwirtschaftlichen und gewerblichen Genossenschaften. 2. Weil diese Ausnahmebestimmung um so ungerechter wirkt, als den Konsumgenossenschaften größtenteils die gering bemittelte Arbeiterbevölkerung angehört, für welche die Konsumgenossenschaft ein Mittel zur Besserung ihrer dürftigen Lage darstellt sowie eine sittliche Festigung des Arbeitshaushalts (Barzahlung).

Diese Kundgebung ist um so beachtenswerter, als das den katholischen Arbeitervereinen nahestehende Zentrum den Konsumvereinen gegenüber eine sehr kühle Haltung einnimmt.

Die Rabattvereinler schlagen den Rabatt auf den Warenpreis, das bestätigen aufs neue eine Anzahl Rabattsparvereinler in Basel, die aus einem Rabattsparverein, der den Allgemeinen Konsumverein und seine Entwicklung hindern wollte, ausgeschieden sind. Sie begründen ihren Austritt in einem längeren Schreiben, in dem folgender Passus vorkommt:

„Einzelne Vertragsfirmen scheuen sich nicht, besondere Rückvergütungen einzuführen, indem sie, statt Bons auszugeben, durch die Kontrollkassentickets Rabatt gewähren; andere wieder scheuen sich nicht, denjenigen Kunden, welche Bons verlangen — denn verlangen muß man dieselben in zahlreichen Geschäften —, den Rabatt auf den Warenpreis zu schlagen, und zwar bis zu 20 Prozent.

Es ist auch kein Geheimnis, daß viele Firmen, um nicht den Zins für das im voraus für Bons bei der B. K.-G. eingezahlte Geld zu verlieren, ihre Kunden wochenlang auf Bons warten lassen und denselben mit ihrem Firmenstempel versehene Karten oder Zettel abgeben. Es ist auch oft Klage bei der Verwaltung geführt und von derselben gewarnt worden, man kann aber nicht auf durchgreifende Abhilfe dieser Mißstände. Auch darüber ist früher Klage laut geworden, daß kleinere Firmen, die um Aufnahme in die B. K.-G. nachsuchten, diese verweigert bezw. dieselben auf einen späteren Zeitpunkt vertröstet wurden."

Man gibt nur den Kunden Rabattmarken, die sie ausdrücklich verlangen, alle Warenpreise erhöht man aber mindestens um den Rabattsatz, oft auch noch um mehr, und außerdem verwehrt man Konkurrenten den Beitritt in die Rabattmarkengesellschaft. So macht man es in Basel und so macht man es überall, wo Rabattsparvereine existieren, weil man es so machen muß. In Gispersleben bei Erfurt hat der Rabattsparverein keine Mitglieder gezwungen, den Brotpreis von 11 und 13 Pfg. pro Pfund auf 13 und 14 Pfg. zu erhöhen, das macht für das Fünfpfundbrot eine Verteurung von 10 Pfg. aus. Da am Orte aber eine Brotfabrik besteht, die sich den Anordnungen der Rabattsparvereinler nicht unterordnet, wird in diesem Falle das Vorgehen des Rabattsparvereins keine Schädigung der Konsumenten bedeuten. Als neuer Beweis für die alte Tatsache, daß die Tätigkeit der Rabattsparvereine Preiserhöhungen im Gefolge hat, mag das Vorkommnis hier aber registriert sein.

Sächsische Landtagsabgeordnete über Konsumvereinsbäckereien. Wie man ins Blaue gegen Konsumvereine redet, das zeigte sich kürzlich in einer Sitzung der zweiten Kammer des sächsischen Landtages. Dort wurde am 12. Dezember über eine Bäckereiverordnung vom 25. Oktober 1906 verhandelt, die eine Anzahl Raum- und hygienische Vorschriften über die Einrichtungen in Bäckereien und Konditoreien trifft. Diese Verordnung soll das konsumierende Publikum vor Schweinereien schützen und den in diesen Betrieben beschäftigten Arbeitern ein gewisses Maß hygienischen Schutzes gewähren. Die Bäckermeister sind wütend über diese Verordnung, obwohl dieselbe ziemlich zaghaft von den Behörden durchgeführt wird. Eine konservative Interpellation an die Regierung vertrat nun die Sache der Bäckerinnungsherren. In der sehr ausführlichen Debatte erlaubten sich nun zwei Abgeordnete in einer Art auf die Konsumvereine zu exemplifizieren, die nicht unwidersprochen bleiben möchte. Der sozialdemokratische Abgeordnete Goldstein hatte in längerer Rede die Sache der Bäckergehilfen, auch die Verordnung vertreten. Als corpus delicti legte er ein abscheulich schmutziges Backtrögetuch aus einer Bäckerei auf den Tisch des Hauses nieder.

In diesen Ausführungen bemerkte nun der Abgeordnete Dr. Brückner (freikons.) nach dem amtlichen Stenogramm u. a. folgendes:

„Der Herr Abg. Goldstein ist in lebhafter Weise in erster Linie für das Wohl der Arbeiter im Bäckereigewerbe eingetreten. Ich stimme ihm gern bei, aber nur, wenn er die Konsequenz ziehen will mit den in Konsumvereinen beschäftigten Arbeitern und Angestellten."

„Sehr richtig!" verzeichnet das Stenogramm nach diesen Ausführungen. Kurz darauf schlug noch derber der Abg. Heymann (kons.) in dieselbe Kerbe. Er redete:

„Aus welcher Bäckerei stammt dieses Tuch? Ich habe sogleich daran gedacht, das kann ebensogut eine Konsumbäckerei sein. So gut wie der Abg. Goldstein sagt: Das kommt von einem Bäckermeister, der einen Gesellen hält oder einige Lehrlinge, ebensogut kann das aus einer Konsumbäckerei kommen. Ja, meine Herren, ich kann Ihnen sagen, die größten Lamentationen, die man hört, habe ich stets von Arbeitern gehört, die in solchen Konsumbäckereien oder Konsumgeschäften arbeiten; auch betreffs der Arbeitszeit werden diese Leute am meisten angestrengt."

Jeder, der die Verhältnisse nur einigermaßen kennt, wird mit uns sagen, daß in geradezu frivoler Weise hier eine Polemik gegen die Konsumvereine vom Zaune gebrochen wurde. Die Herren haben hier offenbar ganz allgemein über Verhältnisse gesprochen, von denen sie aus eigener Anschauung keine blasse Ahnung haben. In Dresden bestehen zwei „Konsumbäckereien". Die Konsumvereine „Vorwärts" und Preschen werden gut tun, die Abgg. Brückner und Heymann einmal zu einem Besuch ihrer Bäckereien einzuladen, um ihnen den Star zu stechen. Das dürfte erzieherisch auf alle diejenigen wirken, die sich herausnehmen, an verantwortlicher Stelle in unverantwortlichster Weise über Dinge zu reden, die sie nur vom Hörensagen kennen. Denn darüber dürfte es unter wissenden und vorurteilsfreien Leuten kaum einen Zweifel geben, daß gerade die Bäckereien der Konsumvereine mustergültig in jeder Beziehung sind. In Dresden, wo diese Behauptungen ausgesprochen wurden, besonders! Es gibt wahrscheinlich in ganz Dresden nicht eine einzige Bäckerei, die sich mit den beiden der Konsumvereine auch nur annähernd in sozialer Beziehung messen könnte. Und so liegt es im allgemeinen. Von den Konsumvereinsbäckereien wird denn auch der Regierungsverordnung nicht der geringste Widerstand entgegengesetzt. Es fällt ihnen nicht ein, dagegen zu remonstrieren, da sie ja alles, und meist mehr, längst erfüllen, was die Bäckereiverordnung verlangt. Es kann ihnen im Gegenteil nur angenehm sein, wenn auch die Privatbäckereien zu besseren Einrichtungen behördlich veranlaßt werden. Unter diesen Umständen nimmt sich das Gerede der beiden Abgeordneten erst recht sonderbar aus. — Ausnahmen werden freilich auch bei Konsumvereinsbäckereien vorkommen, wie überall. Ausnahmen bestätigen aber bekanntlich nur die Regel. Es wäre recht gut, wenn die beiden Herren Abgeordneten aufgefordert würden, ihre Behauptungen zu beweisen. Wahrscheinlich kämen sie dann in die größte Verlegenheit. Dem Abg. Goldstein war durch Schlußantrag die Gelegenheit zur Entgegnung genommen.

hi.

Aus Nah und Fern.

Ein Gattenmord aus Eifersucht. In Babenhausen hat der 39jährige Schuhmacher Heinrich Ohl seine 21jährige Ehefrau, mit der er mehrere Jahre in glücklicher Ehe gelebt, nach einem heftigen Streit mit dem Küchenmesser getötet. Ohl stellte vor zwei Monaten einen Gesellen namens Schneider ein. Von da an traten Ehezwistigkeiten ein, die auf das Konto der Ehefrau zu setzen sind, indem sie dem Gesellen mehr zugetan gewesen als ihrem eigenen Manne. An dem verhängnisvollen Tage warf sie kurz vor der Tat ihrem Manne den Ehering mit den Worten vor die Füße: „Hier hast Du Deinen Ring, Du bist mein Mann nicht mehr, ich heirat doch den Schneider!" Ohl stellte sich nach vollbrachtem Verbrechen selbst der Behörde. Es ist ein Kind von zwei Jahren vorhanden.

Eine wackere Tat. Vierzehn blühende Menschenleben hat ein Hilfslehrer mit eigener Lebensgefahr gerettet. Auf einem Teiche in der Nähe von Eichstatt in Mittelfranken brachen 14 Schulmädchen auf dem Eise ein. Der anwesende Hilfslehrer Jung rettete alle 14 Kinder vom

sicheren Tode. Schließlich geriet der Lehrer selbst in Lebensgefahr. Er versank unter einer Eisscholle und konnte nur mit Mühe und großer Anstrengung von einer dritten Person aus seinem nassen Grabe befreit werden.

Ein Dampfrohr geplatzt. Auf dem der Gesellschaft „Weichsel" in Danzig gehörenden Dampfer „Juno" platzte ein Dampfrohr. Infolge der ausströmenden Dämpfe wurde ein Maschinist sofort getötet und ein anderer schwer verwundet.

Der polizeilich überwachte Knappschaftsverein. Die Schikaniererreien die Arbeitervereine durch die preußische Polizei zu erdulden haben, sind hinlänglich bekannt. Interessant ist nun, was die „Kölnische Zeitung" von der Hauptversammlung des Allgemeinen Knappschaftsvereins in Bochum berichtet: „Zu der Hauptversammlung am 28. Dezember war auch ein Wachtmeister der Polizeibehörde erschienen, der anscheinend die Versammlung überwachen wollte. Der Vorsitzende, Geh. Bergrat Dr. Weidtman (Aachen) bemerkte bei der Eröffnung der Beratungen: „Ich sehe in unserer Versammlung einen Vertreter der öffentlichen Macht. Wer hat Sie hierhergeschickt?" Der Polizeibeamte erwiderte: „Meine Behörde." Vorsitzender: „Wir haben Sie nicht eingeladen, hier ist keine öffentliche Versammlung." Der Polizeibeamte fragte den Vorsitzenden: „Wie ist Ihr Name?" Vorsitzender: „Geheimrat Weidtman." Der Polizeibeamte erklärte hierauf, daß er sich entfernen und seiner Behörde Vortrag halten werde. Der Vorsitzende begrüßte dann die Vertreter der Behörden, den Vertreter des Handelsministers, Geh. Oberbergrat Steinbrinck, den Berghauptmann Liebrecht und den Oberbergrat Kneisel. (Dann wurden verschiedene Wahlen vorgenommen, die längere Zeit dauerten.) Als die Wahl zu Ende ist, erscheint der Polizeibeamte wieder im Saal. Der Vorsitzende erklärt: „Die bewaffnete Macht hat sich wieder eingefunden. (Heiterkeit. Der Polizeibeamte will eine Entgegnung machen.) Ich bin hier der Hausherr, ich habe hier zu sprechen. Ich fordere Sie auf, das Lokal zu verlassen. Eine öffentliche Versammlung findet hier nicht statt." Der Polizeibeamte hat inzwischen Platz genommen und macht keine Anstalten zum Verlassen des Saales. Vorsitzender: „Ich fordere Sie zum zweiten Male auf, das Lokal zu verlassen. Der Polizeibeamte erklärt, er weigere sich, das Lokal zu verlassen. Es würden „öffentliche Angelegenheiten" verhandelt. Vorsitzender: „Ich fordere zum dritten Male auf." Der Polizeibeamte bleibt ruhig sitzen, als von einzelnen Stellen im Saale Heiterkeit und höhnische Zurufe zu hören sind, erhebt sich der Polizeibeamte und ruft in den Saal: „Wenn das so weiter geht, mache ich von meiner Pflicht Gebrauch und löse die Versammlung auf." Ausbrüche stürmischer Heiterkeit waren die Antwort. Der Vorsitzende erklärte dann: „Tun Sie, was Sie wollen, und wir tun, was wir wollen. Sie haben sich geweigert, das Lokal zu verlassen. Die Folgen werden sich finden." Der Polizeibeamte blieb ruhig sitzen, und die Verhandlungen nahmen jetzt ihren Fortgang. Man trat in die Erledigung des wichtigsten Gegenstandes, der Beschlußfassung über eine neue Vereinssatzung ein, die geraume Zeit in Anspruch nahm. Inzwischen hatte der Vertreter der Polizeibehörde sich entfernt. Der Vorsitzende erklärt dazu: „Der Vertreter der bewaffneten Macht hat sich wieder entfernt. Ich hatte inzwischen mündlich Beschwerde führen lassen, die hat nichts gefruchtet. An den Regierungspräsidenten habe ich dringend telegraphiert, daß wir polizeilich überwacht werden, und ihn gebeten, diese Überwachung als ungesetzlich aufzuheben. Da der Vertreter der bewaffneten Macht sich entfernt hat, scheint es schon gefruchtet zu haben. Hoffentlich sind Sie damit einverstanden, daß wir uns diesen Eingriff nicht gefallen lassen und energische Beschwerde dagegen erheben. (Lebhafte Zustimmung.) Da es sich hier um keinen „sozialdemokratischen" Verein handelt, wird die Beschwerde wahrscheinlich auch Erfolg haben. Aber charakteristisch bleibt die Episode für den preußischen Polizeistaat.

Sofort ein anderer, ein besserer Mensch kann man nach Ansicht der bürgerlichen Gesellschaft und ihrer Organe werden, wenn man sich bei einem Streik als Verräter an den Interessen seiner Kollegen oder Mitarbeiter entpuppt oder überhaupt gegen die Arbeiterschaft in irgend einer Weise sich gebrauchen läßt. So stand kürzlich vor dem Schöffengericht in Meiningen der Schieferdecker Rabenmüller. Er hatte einen organisierten Arbeiter mit dem Schieferdeckerhammer über den Kopf geschlagen. Der Amtsanwalt beantragte unter Zubilligung mildernder Umstände 21 Mk. Geldstrafe oder sieben Tage Gefängnis; das Gericht fand aber, es dürfe noch unter die beantragte Strafe gegangen werden, und hielt eine Geldstrafe von 18 Mk. oder sechs Tage Gefängnis für eine ausreichende Sühne. Als der gleiche Angeklagte kurze Zeit vorher schon einmal vor Gericht stand, war er von dem Amtsanwalt wie folgt gekennzeichnet worden: „Ein oft vorbestrafter, gewalttätiger Mensch, dessen Roheiten endlich einmal mildernde Umstände ausschließen müßten. Ein solcher Mensch müßte endlich einmal exemplarisch bestraft werden usw." Damals hatte der Rohling einen Polizeisergeanten beleidigt und Widerstand gegen die Staatsgewalt geleistet, heute hat er mit einem Schieferdeckerhammer einen ruhigen, ehrlichen, organisierten Arbeiter über den Kopf geschlagen! Vorher war jener Rabenmüller ein oft vorbestrafter, gewalttätiger Mensch, der endlich einmal exemplarisch zu bestrafen sei, weil er einen Polizeisergeanten beleidigt hatte, jetzt, wo er einen Arbeiter mit einem Mordinstrument blutig schlug, werden ihm mildernde Umstände zugesprochen!

Greuelszenen auf einem Dampfer. Der „Frankf. Ztg." schreibt man aus Madrid: Aus Santander wird eine merkwürdige Geschichte berichtet. Auf einem norwegischen Dampfer, der im dortigen Hafen lag, wurden gestern Signale bemerkt, die zu schleuniger Hilfe aufforderten. Der Hafenkapitän machte sich unverzüglich mit einer Wache auf den Weg und als sie das fremde Schiff bestiegen, fanden sie die Bemannung in vollem Aufruhr und alles im Durcheinander. Ein Maschinist hatte einem Bootsmann mit einer Flasche den Schädel zertrümmert und ihn außerdem mit einem Dolche übel zugerichtet. Aus dem Anlaß, der zu dem Streit geführt hatte, war aber nicht klug zu werden, denn von der ganzen Besatzung war kein Mensch nüchtern. Der Kapitän und die übrigen Vorgesetzten waren so betrunken, daß sie nicht auf den Füßen stehen konnten. Der Schwerverletzte und sein Angreifer wurden an Land geschafft. Der norwegische Konsul hat sich an Bord begeben, um über den Fall eine Untersuchung aufzunehmen.

Explosion. In der Nähe der Gildenhalle in London ereignete sich in der Werkstelle eines Büchsenmachers eine Explosions-Katastrophe, bei der ein 20jähriger junger Mann getötet und drei Arbeiter verletzt wurden. Die Explosion entstand durch Entzündung von Schießpulver. Die im Hause befindlichen Personen wurden durch das infolge der Explosion ausgebrochene Feuer in die größte Gefahr gebracht.

Eine hübsche Stilblüte findet sich in einer Rechtsplauderei, die unlängst in einem rheinischen Blatte abgedruckt war. Es heißt da: „In diese drei wunden Punkte muß baldigst Bresche geschossen und in die Bresche müssen tüchtige neue Grundpfeiler eingebaut werden."

Handels- und Marktnachrichten.

Sternschanz-Viehmarkt

2. Januar.

Der Schweinehandel verlief sehr ruhig.

Zugeführt wurden 1413 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preis: Versandschweine schwere 55—56 Mk., leichte 55—55½ Mk., Sauen 48—52 Mk. und Ferkel 51—54 Mk. pro 100 Pfund.

Quittung.

Für den Preßfonds gingen ein:
Vom Kohlendampfer „Brunsnitz" durch B. . . 2.— Mk.

Friedr. Meyer u. Co.

Verantwortlicher Redakteur: Joh. Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer u. Co.
Sämtlich in Lübeck

Drucksachen jeder Art für Vereine, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksbote"

Komitee- u. Kommissions-Sitzungen

Arbeiter-Abstinenten-Bund
Heute Freitagabend 8½ Uhr.

Durch die glückliche Geburt einer gesunden Tochter wurden hocherfreut
Herm. Nehlsen und Frau.

Gesucht zum 1. April in der Stadt eine Dreistuben-Parterrewohnung od. II. Laden mit Wohnung. Offerten mit Preisangabe unter T [illegible] an die Exp. d. Bl.

Gesucht zum 1. April eine 2-Zimmer-Wohnung [illegible] Offerten unter B D K 12 an die Exped. d. Bl.

Eine 3-Zimmerwohnung [illegible] Offerten unter J M an die Exped. [illegible]

Ein Laufbursche
für den ganzen Tag gesucht.
[illegible]

Gesucht für [illegible] eine Waschfrau.
[illegible]

Käse-Abteilung.

Feinste Holländer Käse	Pfd. [illegible]	Pfg.
Feinste Schweizer Käse	[illegible]	„
Vollfetten Tilsiter	70 u. 60	„
Romer Käse	50 u. 40	„
[illegible] Käse	[illegible]	„
4 [illegible]	10	„
2 [illegible]	15	„

Fettwaren-Abteilung.

Rauchfleisch	Pfd. 85	Pfg.
[illegible] Lachs	Pfd. [illegible], 100, 120	
fetten und mageren Speck	Pfd. [illegible]	Pfg.
[illegible] Schmalz	66	„
Pa. Margarine Pfd. 70, 2 Pfd. 135		„
[illegible]	35	„
2 Pfd. Magdeburger Sauerkohl	15	„

Partie Gemüse-Konserven.

2 Pfd. Brechbohnen	26	Pfg.
2 „ Schnittbohnen	26	„
2 „ Leipziger Allerlei	[illegible]	„
2 „ Spargel	55, 70, [illegible]	„
2 „ [illegible]	30	„

Ed. Speck, [illegible]

Kopffleisch
Leberwurst
Bratwurst
sowie jeden Sonnabend
Warme Knackwurst.
Heinr. Viereck
[illegible] 96.

Achtung Bauarbeiter!

Die Mitglieder-Versammlung am Freitag, den 3. d. M., findet nicht statt.

Außerordentliche

Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, den 5. d. Mts.,
vormittags 11 Uhr
im „Vereinshaus", Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Redakteurs des „Bau-Hilfsarbeiter" A. Rößle-Hamburg.
2. Verschiedenes.

NB. Die Mitglieder der umliegenden Zweigvereine sind hiermit freundlichst eingeladen. Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend erforderlich.

Die Ortsverwaltung.

Salzheringe.

Sehr schöne Salzheringe	10 Stück	38	Pfg.
Große	„ 10 „	48	„
Anchovis	Pfund 30 und	25	„
Salzgurken	2 Stück 15 und Stück	5	„
Lachs,	geschnitten ¼ Pfd.	22	„
Hiesiges Rauchfleisch	Pfd. 85 und	75	„
Schweizer Käse, saftig	Pfd.	68	„
Tilsiter Käse	Pfd. 60, 50,	38	„

Um zu räumen, so lange da ist:

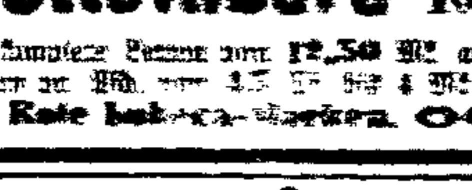
Marzipan-Bruch	Pfund	75	Pfg.
Walnüsse	„	22	„
Feigen	„	22	„
Datteln	„	29	„

Wiederum erhielt ich ca. 120 Kisten **alten Harzkäse**
100 Stück Inhalt, nur 80 u. 70 Pfg. pro Kiste.

Otto Burckhardt,
42 Hüxstraße 42

Große Partien Wurstwaren billigst.
Verlangen Sie Rabattmarken.
Auf ein Pfund **Margarine** 6 Kohlenbriketts oder ein Gutschein hierüber **gratis.**

Betten, Bettfedern u. a. Betten-Artikel
kaufen Sie billig und reell bei
Markt 4. **Otto Albers** Fehlm. 10.
[illegible] Betten von 12,50 Mk. an
Federn [illegible] Pfd. [illegible]
Rote Rabatt-Marken.



Neue Sommerfang- und Matjes-Heringe
sowie [illegible] Fluß- und Seefische, Kieler Räucherwaren empfiehlt
Fischhalle „Hansa",
[illegible] 31. [illegible] 104.
[illegible]

Im Verlage der Buchhandlung „Vorwärts", Berlin, erschien soeben:

Frauenleiden und deren Verhütung.
Nebst einem Anhange:
Die Verhütung der Schwangerschaft.
Von Dr. J. Zadek.
Preis 25 Pfg.
Zu beziehen durch die
Buchhandlung Friedr. Meyer & Co.

Blumenhaus 28 Königstraße 28
gegenüber der Katharinenkirche.
Topfpflanzen und Binderei
liefere billigst. **Hyazinthen** in Töpfen von 15 Pfg. an, **Kränze** von 50 Pfg., **Veilchenkränze** von 5 Pfg. an usw.
F. Wiese.

Pa. bestes weißes Schmalz 65 Pf.

„ kleine Rauchstücke	Pfd.	70	„
„ geräucherte Nacken	„	80	„
„ Kotelettstern	„	80	„
„ ger. Schweinsbacken [illegible]	„	60	„
„ ger. Schweinsköpfe	„	45	„

[illegible] pro Pfd. 1 Mk.

M. Lahrtz, Böttcherstr. 16.

Zentral-Verband deutscher Brauereiarbeiter!
(Zahlstelle Lübeck.)

General-Versammlung
am Sonntag, 5. Januar 1908
nachmittags 3 Uhr,
im Vereinshaus, Johannisstraße 50—52.

Tages-Ordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 4. Quartal.
3. Jahresbericht.
4. Vorstandswahl.
5. Kartellbericht.
6. Beratung wichtiger Angelegenheiten.
7. Verschiedenes.

Hansa-Theater
Theater Variete I. Ranges.
Neuer Spielplan.
Vorverkauf bei Sager.

Stadt-Theater, Provisorium.
Dienstag, 7. und Donnerstag, 9. Januar:
Zweimaliges Gastspiel
Ludwig Maurick.
1. Abend: Siegfried
2. „ Margarethe (Faust).

Stadt-Theater.
(Provisorium)
Direktion: **L. Piorkowski.**
Sonnabend, 4. Januar. 7½ Uhr.
Jeder Platz 50 Pfg.
Gastspiel Irma Diederich
vom Thaliatheater in Hamburg.
Maria Stuart.
Sonntag, 5. Januar. 4 Uhr.
Letzte Kinder-Vorstellung.
Besonders herabgesetzte Preise!
Loge 50 Pf., Parkett 30 Pf., Part. 20 Pf.
Aschenbrödel.
Abends 7½ Uhr. Die beste aller Operetten.
Mit verstärkt. Orchester. (32 Musiker.)
Erstklassige Partienbesetzung.
Die Fledermaus.